

KONGRESSDIENST

Hamburg
3. JAHRGANG

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Juni/Juli 1960
NUMMER 4



Jetzt erst recht Koexistenz!

Lieber Kongressdienst-Leser!

Die Überschrift dieses Artikels — wir müssen es bekennen — ist nicht von der Redaktion des KONGRESSDIENSTES erdacht worden, sondern stammt von Fritz Baade, der seinem Rückblick auf die Pariser Tragödie in der „Welt“ vom 28. Mai diesen Titel gab. Wir wählten sie, weil sie in der knappsten Form das aussagt, was jetzt das Gebot der Stunde ist und weil gerade diese Erkenntnis in der Bundesrepublik, in der die Tagespresse leider kaum auf die inneramerikanischen Auseinandersetzungen nach Paris eingegangen ist, sehr der Unterstützung und Förderung durch alle verantwortlich Denkenden bedarf.

Wie war es denn eigentlich zu der „Tragödie von Paris“ gekommen? Das Vorspiel begann am 1. Mai dieses Jahres, als die sowjetische Flugabwehr die schwarzgestrichene U-2 des Hauptmanns Power aus 20 km Höhe abschob. Der Erkundungsflug, der über Swerdlowsk nicht hinausgekommen war, schien zunächst einer der üblichen Spionageaffären zu sein, die hüben und drüben zum „Handwerk“ mit dazugehören. Dann aber geschah das, was in der neueren Geschichte bisher einmalig ist: Eisenhower benutzte nicht die goldene Brücke, die ihm Chruschtschow mit der Erklärung gebaut hatte, sicher wisse der amerikanische Präsident von diesen Flügen nichts — „stattdessen antwortete Eisenhower, daß er dafür verantwortlich sei, daß solche Flüge notwendig seien und ... fortgesetzt würden. Eine solche Haltung schlug die Tür zu, die Chruschtschow geöffnet hatte, und wurde zu einer Herausforderung der Souveränität der Sowjetunion“ (so der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“).



„Die Völker wollen Frieden“ — Mahnwache und Unterschriftensammlung in Gevelsberg (Westf.) (siehe den Artikel auf Seite 4)

Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt damit also, daß Spionage etwas Notwendiges sei und daß er es für richtig halte, wenn Amerika zu diesem Zweck die Souveränität anderer Staaten verletze. Und zu gleicher Zeit erklärte das nordamerikanische Luftverteidigungskommando, es sei nicht bekannt, daß sowjetische Spionageflugzeuge je über das Territorium der USA hinweggeflogen seien...

Der Geist von Camp David bestimmte also nicht allein die Weltpolitik, obwohl viele Menschen geglaubt hatten, mit Chruschtschows Besuch in den USA habe das „Zeitalter des Friedens“ bereits begonnen und könne durch nichts mehr gefährdet werden. Es gab offenkundig in den USA Kreise, denen die wachsende Koexistenz-Bereitschaft der Welt unangenehm wurde (nach dem Fiasko von Paris sind bezeichnenderweise die Kurse der Rüstungsaktien an den amerikanischen Börsen sprunghaft gestiegen!) und die deswegen danach trachteten, den Präsidenten in die Rolle hineinzumanteln, die er dann in Paris spielen mußte. Wie ist es sonst beispielsweise zu erklären, daß der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten am Abend vor der Gipfelkonferenz für die amerikanischen Truppen in der ganzen Welt den Alarmzustand anordnete?

Wir wissen nicht, was Chruschtschows Verhandlungsprogramm war, als er in Paris landete. Und dahingestellt bleiben kann auch, ob der an Deutlichkeit nichts zu wünschen lassende Ton des sowjetischen Ministerpräsidenten (allerdings hat er auch nicht die aristokratischen Schulen von Harrow und Eaton durchlaufen!) nicht manchen Leuten als zu undiplomatisch-direkt für eine solche Konferenz erschien. Entscheidend ist lediglich, daß es sich der Ministerpräsident der Sowjetunion einfach nicht leisten konnte, eine solche Herausforderung, einen solchen bewußten Bruch des Völkerrechts im Raum stehen zu lassen, daß er einfach gezwungen war, von Präsident Eisenhower die Garantie zu verlangen, daß Spionageflüge künftighin nicht mehr durchgeführt würden. Eisenhower ließ sich in Paris schließlich zu der Erklärung bewegen, er werde solche Flüge nicht wieder gestatten — aber auf Chruschtschows Frage, ob das die USA als Staat, infolgedessen auch den nächsten Präsidenten binde, erklärte er: „Ich kann hier nur für mich, nicht aber für meine Nachfolger sprechen.“

Damit war die Gipfelkonferenz zu Ende, die erst gar nicht angefangen hatte. Im Gegensatz zur parlamentarischen Opposition in Westdeutschland, die unverständlicherweise ausgerechnet jetzt versucht, sich der Bundesregierung mit dem Gerede von einer gemeinsamen Außenpolitik an die Rocksöhle zu hängen, und die treu und brav die These vom bösen Chruschtschow, der die Konferenz habe scheitern lassen, aufnimmt — im Gegensatz dazu hat es in den Vereinigten Staaten an harter Kritik des

Eisenhowerschen Verhaltens nicht gemangelt. Die Präsidentschaftskandidaten Kennedy und Stevenson haben unmißverständlich erklärt, sie hätten in Paris anders gehandelt, sich entschuldigt und die endgültige Einstellung der Spionageflüge garantiert. Andere Staaten, wie Norwegen, Pakistan, selbst die Türkei haben gegen die Spionage-Unternehmungen der USA zum Teil mit ungewohnter Schärfe protestiert — lediglich unser Bundeskanzler kommentiert die U-2-Flüge über der Sowjetunion (die offenkundig auch vom amerikanischen Militärflughafen Frankfurt ausgehen!) mit einem unbeschwerten „Gott sei Dank!“ (so auf einer Kundgebung in Düsseldorf).



Wieder hat der Tod in die Reihen der westdeutschen Atomwaffengegner eine schmerzliche Lücke gerissen: Prof. D. Hans-Joachim Iwand ist seit dem 2. Mai nicht mehr unter uns. Er gehörte zu denen, die um ihres christlichen Gewissens willen nicht anders konnten, als ein bedingungsloses NEIN zu sagen zu dem Wiedererwachen des deutschen Militarismus in der Bundesrepublik und zur Politik der atomaren Aufrüstung. Im Mittelpunkt seines Wirkens stand die feste Überzeugung, der Christ dürfe nicht nur nach oben zu Gott aufschauen, sondern müsse genau so stark auf den Bruder, der neben ihm steht, blicken. Und er war ein Mensch, bei dem Überzeugung und Leben eine unauflösbare Einheit bildeten. Auch Hans-Joachim Iwand können wir nur nachrufen: Dein Tod wird uns Verpflichtung sein!

Redaktion KONGRESSDIENST

Westliche Journalisten erklärten in Paris, die Auseinandersetzung zwischen Eisenhower und Chruschtschow schein ihnen im Kern eine Auseinandersetzung zwischen zwei Flügeln innerhalb der politischen Öffentlichkeit der USA zu sein — zwischen den koexistenzbereiten und den koexistenzfeindlichen Kreisen. Damit scheint das Problem haarscharf umrissen zu sein. Soll die in 6 bis 8 Monaten geplante neue Gipfelkonferenz ein Erfolg werden, dann müssen wir alle mit dazu beitragen, daß die koexistenzbereiten Kräfte gestärkt werden. Wir haben keinen Einfluß auf das, was in der Sowjetunion und in Amerika vorgeht, und wir wissen nicht, mit welchen Vorstellungen, Plänen und Forderungen die Regierungschefs dann zum Gipfel kommen werden. Unsere Aufgabe liegt hier bei uns: wir müssen alles tun, um die entspannungsbereiten Kräfte in der Bundesrepublik zu stärken — gerade in Anbetracht dessen, was unter solchen Überschriften wie „Notstandsgesetzgebung“ auf uns zukommt.

Jetzt erst recht Entspannung und Koexistenz — wenn wir überleben wollen!
Ihr

Peter Meier

Hamburg:

Atomrüstungspolitik verhindert Selbstbestimmung!

Am Vorabend der Gipfelkonferenz fand in Hamburg eine große Kundgebung statt, zu der über den üblichen Rahmen der gegen Atomrüstung kämpfenden Organisationen hinaus ein repräsentativer Kreis von in der Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten eingeladen hatte. Wegen Überfüllung sämtlicher Säle mußte die Polizei das Winterhuder Fährhaus schließen; viele Menschen mußten infolgedessen wieder umkehren.

Der Münchener Schriftsteller Erich Kuby und Frau Professor Dr. Renate Riembeck, Wuppertal, sprachen nach der Eröffnung der Versammlung durch Prof. Dr. Kurt Gröbe (Mitglied des Büros des STÄNDIGEN KONGRESSES) über den Fragenkreis Atomrüstung und Selbstbestimmung. Das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“ werde aus durchsichtigen Interessen des Kalten Krieges zur Zeit wieder arg strapaziert, aber niemand spreche davon, daß die westdeutsche Atomrüstung das Element der Selbstbestimmung aus der deutschen Politik verbannt habe. Solange man dem deutschen Volk die Möglichkeit vorenthalte, über die Frage der atomaren Aufrüstung — die die Lebensfrage für uns alle sei — entscheiden zu können, solle man vom Selbstbestimmungsrecht lieber schweigen. Mit großer Entschiedenheit lehnten die beiden Referenten die von ihnen als illusionär und anachronistisch bezeichnete Politik der Bundesregierung ab und wandten sich auch dagegen, daß die parlamentarische Opposition aus einer falschverstandenen Solidarität heraus sich immer wieder in das Schlepptau der Regierung nehmen lasse.

Beide Referate fanden langanhaltenden Beifall. Die Versammlungsteilnehmer unterzeichneten eine Erklärung an die Vertreter der vier Großmächte, mit der sie eine Delegation nach Paris entsandten.

Auszüge aus den Referaten:

Erich Kuby:

Es erschreckt, feststellen zu müssen, daß eine große politische Konferenz stattfindet, die ganz ohne Zweifel in hohem Maße der deutschen Frage gewidmet sein wird, ohne daß die Deutschen diesmal auch nur noch das Katzentischchen für sich hätten, das sie kürzlich in Genf wenigstens noch hatten. Fünfzehn Jahre einer verfehlten Politik sind die Ursache dieses beschämenden Ergebnisses.

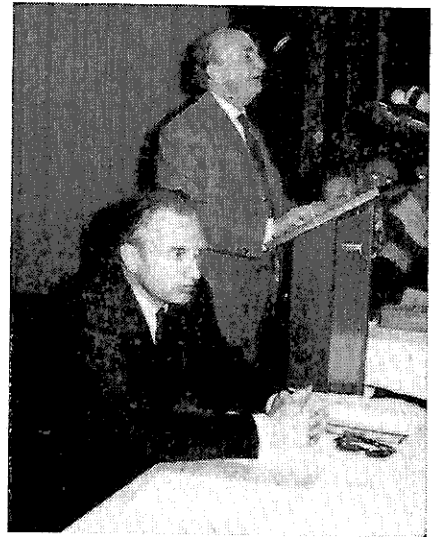
Im Jahre 1945, im August, auf der Potsdamer Konferenz, hat der Kalte Krieg begonnen. Auf der Potsdamer Konferenz wurde aber auch das Ergebnis des von uns begonnenen und von uns verlorenen Krieges formuliert, und hier beginnt die Illusion bereits, daß man heute so tut, als wäre dort nur das Geschehen, was sich nachträglich als gut für uns herausgestellt hat. Es ist dort von allen beteiligten Mächten das Ergebnis des zweiten Weltkrieges, ob formuliert oder nicht, anerkannt und zur Basis der künftigen Politik gemacht worden. Daß man aber dann in den Kalten Krieg hineingeriet und daß man schlampig nicht formulierte und teilformulierte, hatte seine Ursache darin, daß die Amerikaner auf die Potsdamer Konferenz mit dem Bewußtsein gekommen sind, wir und nur wir haben die Atombombe. Und sie warfen sie ja auch während der Konferenz. Und es läßt sich aus den Protokollen, die vorliegen, beweisen, daß Herr Truman gar nicht mehr interessierte, was die Russen sagten, denn er sagte sich: „Laß sie reden, ich tue alles, was ich will, denn ich habe eine Waffe in der Hand, mit der ich die Welt beherrsche!“ Infolgedessen sind solche Dinge wie Oder-Neiße-Linie, Sitz Berlin usw. nicht klar formuliert worden, sondern man hat es bei der nun einmal geschaffenen Realität belassen und dachte: „Sie korrigieren schon.“ Daraus aber den Schluß zu ziehen, daß das Recht auf der Seite derer ist, die diese Ergebnisse korrigieren wollen, und a priori das Unrecht auf der Seite derer,

die dieses Ergebnis fixiert haben wollen, ist ein Unding, und auf dieser Basis werden wir in den Krieg hineinsteuern, in einen neuen Krieg und in sonst nichts. Die Amerikaner glaubten, die Russen, um es auf eine Formel zu bringen, eines Tages zurückrollen zu können.

Mir ist nie etwas in der Weltgeschichte bekannt geworden, was mehr ein Experiment ist, mehr ein Vabanquespiel, als diese Politik, die davon ausgegangen ist, daß der Kalte Krieg die deutschen Interessen decken werde. Denn, meine Damen und Herren, wovon ging er aus? Er ging von der Urvorstellung der Amerikaner aus, daß derjenige, der die Atombombe allein besäße, den Gegner ohne Heißen Krieg mit dem Kalten Krieg zwingen kann, Positionen zu räumen, die er legitim als das Ergebnis des zweiten Weltkrieges eingenommen hat. Wir haben die Russen nach Berlin gelockt und niemand anders. Spätestens in dem Augenblick, in dem bekannt war, daß die Russen diese selbe Waffe hatten, war für jedermann klar, daß diese Politik, ohne den Heißen Krieg zu führen, nicht zum Ziel führen kann. Sie wurde aber dennoch weitergeführt — bis zum Jahre 1959. Sie wurde immer illusionärer, und je illusionärer sie in der großen Linie geworden ist, um so verbissener hat man in unserem Lande behauptet, daß sie die einzig reale Politik sei.

Wir sind aber nicht nur auf diese falsche Behauptung, daß der Kalte Krieg die Dinge dieser Welt im Sinne des Westens regeln werde, hereingefallen, sondern wir haben uns mit abenteuerlicher deutscher Gründlichkeit zu den Vorkämpfern dieser Politik gemacht, und das ist geradezu grandios irrsinnig. Wir, geschlagen in zwei Kriegen, hörten zum dritten Male: Am deutschen Wesen wird die Welt genesen!

Ein jeder Bürger hat an seinem Platz die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, im Sinne der Vernunft zu wirken, ob sein Kreis weit reicht oder weniger weit!



Prof. Dr. Kurt Gröbe bei der Eröffnung,
neben ihm Erich Kuby

Prof. Dr. Renate Riembeck:

Die Menschheit hat es satt, sich weiterhin am Abgrund des Krieges entlangtreiben zu lassen, und die Völker dieser Erde erwarten deshalb von den Großen Vier, daß sie unser, der Menschheit Recht auf Leben respektieren, und daß sie dieses elementare Recht auf Leben über alle ihre Streitigkeiten stellen, daß sie endlich das grauenhafte Spiel mit dem atomaren Feuer einstellen. Darum geht es zuerst und zuletzt. Die Völker wollen die Entspannung, die Völker wollen den Frieden, denn sie wollen leben. Und ohne Frieden kann man heute nicht mehr leben. Die Menschheit kann in Frieden leben trotz verschiedener Religionen, trotz verschiedener Gesellschaftsordnungen und trotz verschiedener Wirtschaftssysteme. Und von dieser Stelle aus sei es gesagt, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit will nichts anderes als den Frieden, so wie ihn alle Völker in West und in Ost wollen. Und wir, die Menschen in West und Ost wissen, daß wir nur noch miteinander leben oder gegeneinander sterben können. Und wir wollen leben. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, selbst in der Bundesrepublik, daß die Sowjet-

Anläßlich der am 16. Mai 1960 in Paris beginnenden

Gipfelkonferenz

rufen wir auf zu einer norddeutschen

14.
Mai
19.30 Uhr

Kundgebung

am Sonnabend, dem 14. Mai 1960

Winterhuder Fährhaus

Das Recht auf Selbstbestimmung
erfordert unsere Stellungnahme

Es sprechen:

Erich Kuby

Prof. Dr. Renate **Riembeck**

Beginn 19.30 Uhr

Unkostenbeitrag

union den Frieden wünscht. Nehru sagte uns das zwar schon vor Jahren, aber inzwischen sagt es auch der Bundeskanzler. Wenn dem so ist, warum in aller Welt hält man dann noch krampfhaft bei uns an den Leitbildern des Kalten Krieges fest?

Wenn man jetzt wieder die alte Forderung erhebt, daß ein wiedervereinigtes Deutschland selbstverständlich alle Bindungen der Bundesrepublik übernimmt, also auch in die NATO eintritt, also auch atomar gerüstet ist, dann braucht man das Wort Wiedervereinigung überhaupt nicht in den Mund zu nehmen. Oder glaubt jemand im Ernst, daß die Sowjetunion, daß Polen und die Tschechoslowakei sich jemals damit einverstanden erklären würden, daß man der NATO und dem Westen das Potential der DDR einbringt? An dieser irrealen Forderung sind seit 1952 alle Möglichkeiten zur Überwindung der deutschen Spaltung gescheitert. Es bedarf keiner besonderen historischen Schulung, um festzustellen, daß es vollkommen gleichgültig ist, wer in Rußland an der Macht ist, die Sowjets oder eine kaiserliche Regierung oder ein liberales Kabinett — selbst der dümmste aller russischen Zaren würde eine solche Forderung abgelehnt haben. Es ist doch ganz einfach das primitivste Gebot der Staatsraison, daß man seine Gegner nicht stärker macht.

Plötzlich besinnt man sich auf das Selbstbestimmungsrecht, das in den Jahren zwischen 1918 und 1939 so strapazierte Selbstbestimmungsrecht, das so viel Heil zu bringen versprach und so viel Unheil einschließlich des 2. Weltkrieges brachte. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein legitimes, demokratisches Recht, aber es ist doch sehr bemerkenswert, daß man sich nicht

auf dieses Recht der Selbstbestimmung besann, als 1952 die Frage im Raum stand, ob das deutsche Volk die Wiedervereinigung in einem neutralen bewaffneten Gesamtdeutschland oder die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Militärpaktes wollte. Da sind wir nicht gefragt worden, da hat man die Befragung sogar verboten. Das Selbstbestimmungsrecht in allen Ehren, aber unserer Selbstbestimmung steht die Atomrüstung entgegen. Nicht die Selbstbestimmung, sondern die Atomrüstung ist das Problem, um das es geht. Wenn wir das Selbstbestimmungsrecht daraufhin betrachten, wann es den Völkern gewährt wurde oder gewährt werden kann, dann dürfen wir sagen, immer nur dann wurde es gewährt, wenn man dadurch eine bessere Ordnung zu schaffen hoffte.

Wir lehnen die Atomrüstung in der ganzen Welt, insbesondere aber in unserem Lande ab, und wir werden nicht müde werden, unentwegt dagegen zu protestieren, daß das Pulverfaß in Mitteleuropa beständig weiter aufgefüllt wird. Ich kann nur mit Erich Kuby sagen, wir vermissen einen positiven Beitrag der Bundesregierung zur Beendigung des Kalten Krieges und zur Entspannung. Wer zu allen Vorschlägen und Entspannungsversuchen immer nur nein sagt, der darf sich nicht wundern, wenn die Entwicklung eines Tages über ihn hinweggeht. Weil wir von höchster Stelle seit Jahren immer nur darauf hingewiesen werden, daß die Lage noch nie so ernst war, aber leider nicht zu hören bekommen, was man nun eigentlich tun will, um die Lage zu normalisieren, deshalb haben wir uns heute hier versammelt und melden uns zu Wort.

und Deutschland gegen die atomare Aufrüstung waren auf ihr zu sehen und etwa 30 Bilder von verschiedenen Veranstaltungen der IdK und der Atomkriegsgegner. Immer wieder hörte man von den Menschen, daß sie gar nicht gewußt hätten, daß es in Deutschland solche Aktionen gegeben hätte, denn „in der Zeitung hat nichts davon gestanden, und im Radio haben sie auch nichts gesagt.“ Ja, ganz „Radikale“ schimpften: Das nennt sich nun „Pressefreiheit!“

Die Menschen haben nicht tausende von Jahren hindurch gekämpft und gelitten, diese Zivilisation mit dem alleinigen Ziel zu schaffen, daß unsere Generation in die Lage versetzt wird, sie zu vernichten...

Wenn wir uns wirklich als die Erben einer Tradition fühlen, als die Träger eines Glaubens und einer Kultur, dann müssen wir unsere Verantwortung nicht nur uns selbst und unserer Zeit gegenüber, sondern auch gegenüber der Menschheit, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft übernehmen.

George F. Kennan

Mehr als 1200 Frauen und Männer gaben ihrem Wunsch nach totaler Abrüstung aller Staaten der Erde und einer freien Volksbefragung aller Deutschen über ein kernwaffenfreies Deutschland durch ihre Unterschrift Ausdruck. Unter den Unterzeichnern waren 86 Gewerkschaftsfunktionäre der IG Metall, Ortsverwaltung Gevelsberg, ein Offizier des Bundesgrenzschutz (in Zivil) und ein Gefreiter der Bundeswehr, der mit Namen und Dienstgrad unterschrieb.

Wenn man den Schlußstrich unter diese Aktion der Gevelsberger IdK zieht, kann man sagen:

Die meisten Akteure haben noch nie eine solche Unterschriftensammlung durchgeführt. Die ersten 10 Minuten „genierte“ man sich, die Menschen auf der Straße anzusprechen. Aber die Menschen waren gar nicht abweisend, nein, die meisten gaben bereitwillig ihre Unterschrift — und selbst solche, die zuerst vorgaben, eilig zu sein, ließen sich durch die freundliche Einladung, doch einmal die Bilder auf der Mahntafel zu betrachten, bewegen, ihren Namenszug unter eine der Listen zu setzen. Es war ein Erfolg für die junge IdK-Gruppe, darüber hinaus — und das ist weitaus wichtiger — ein Erfolg für den Frieden.

(siehe auch Titelbild)

Auch in anderen Städten hat es Unterschriftenaktionen und Volksbefragungen gegeben, bei denen sich der weitest große Teil der Angesprochenen (bis zu 86,9 Prozent bei einer Befragung in Kiel-Elmschenhagen) gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik aussprach. Ähnliche Berichte liegen uns vor aus Bremen-Neue Vahr, Lübeck, Reitscheid (Saar).

Haben Sie schon einmal überlegt, ob nicht auch in Ihrer Stadt oder in Ihrem Betrieb eine solche Aktion unternommen werden könnte? Und vergessen Sie bitte nicht, hinterher auch die örtliche Presse sowie die Zeitungen und Mitteilungsblätter der verschiedenen Organisationen, die gegen Atomrüstung kämpfen, von den Ergebnissen zu benachrichtigen.

D. Red.

„Die Völker wollen Frieden“

Gevelsberger für totale Abrüstung — Von Wolfgang J. Zier

Seit dem November vorigen Jahres gibt es in Gevelsberg eine IdK-Gruppe. Die Angehörigen dieses Ortsverbandes haben bisher durch ihre Teilnahme an den verschiedensten Protestaktionen — z. B. in Velbert, „Jahrgang 1922 ruft Jahrgang 1937“ und in Godesberg gegen die Sahara-Bombe — gezeigt, daß sie nicht gewillt sind, sich allen Wünschen eines einsamen alten Mannes zu fügen. Sie halten nichts vom „Soldaten-Spielen“ und schon gar nichts von der „Abschreckung“ des Feindes durch Atombomben. Nein, die Gevelsberger Gruppe liebt das Leben, denn der größte Teil der Mitglieder ist jung und möchte wie Herr Adenauer und seine Söhne nicht Soldat werden. Sie fühlen sich nicht als Halbstarke, aber auch nicht als Ganzstarke. Sie finden, daß es in Deutschland schon zuviel „Ganzstarke“ gibt, die sich so stark fühlen, daß sie glauben, ein Riesereich „ausradieren“ zu können. Derartige „ganz-lautstarke“ Töne mißfallen den Gevelsberger Mitgliedern, ja sie sehen in ihnen eine große Gefahr, die Gefahr der Vernichtung ihrer und ihres Volkes Zukunft. So waren sie sich sehr schnell einig, daß man den Aldermaston-Marsch der britischen Atomwaffengegner mit allen Mitteln unterstützen muß. Mit sechs Teilnehmern waren sie die stärkste Delega-

tion einer westdeutschen Stadt in England. Das war ein großes Erlebnis und gab nicht nur den Teilnehmern an dieser Mammutdemonstration Auftrieb, noch aktiver zu werden. Einstimmig wurde beschlossen, eine Aktion in Gevelsberg durchzuführen. Die bevorstehende Gipfelkonferenz bot den willkommenen Anlaß, eine Mahnwache — verbunden mit einer Unterschriftensammlung — durchzuführen. Der „Kreisausschuß Kampf dem Atomtod für den Ennepe-Ruhr-Kreis“ stellte eine Plakatwand zur Verfügung, die Stadtverwaltung erteilte die Genehmigung zur Durchführung und am 14. Mai, um 8 Uhr, als die Bevölkerung von Gevelsberg zum Einkaufsbummel am Nirgenaplatz, der Gevelsberger „Kö“, vorbeiströmte, luden Transparente mit der Aufschrift „Die Völker wollen Frieden“ „Friede auf Erden durch totale Abrüstung“ „Fort mit den Armeen in Ost und West“ „Für allgemeine totale Abrüstung“ zur Unterschriftsleistung ein. Junge Frauen und Männer erklärten „was es mit der Unterschriftsleistung auf sich habe“, und nur wenige Passanten weigerten sich, „weil sie keine Zeit hätten“. Immer wieder zog aber die 2 x 2½ Meter große Plakatwand die Menschen an. Plakate aus England

Wir waren in Paris...

Bericht einer westdeutschen Beobachterin

Wir sind in Paris! Hier scheint das Leben schneller und intensiver zu pulsieren als in den Städten, aus denen wir kommen, denn hierhin strömen in diesen Tagen vor der Gipfelkonferenz Menschen aus aller Welt. Sie werden aufgesogen von dieser Stadt: Die Autos rollen lautlos über die Boulevards, drei, vier Reihen nebeneinander. Am Abend leuchten die Lichtreklamen auf, rot — grün — blau, immer wechselnd und immer in Bewegung. Ihr Widerschein blinkt von den Spiegeln und Messingstangen der Bars zurück, über denen sich die großen Windmühlenspiegel von Moulin Rouge drehen.

Aber die Menschen, die hierher gekommen sind, verändern das Bild der Stadt. Aus den Schlagzeilen der Zeitungen verschwindet: „Margret — Mon Amour: Tony!“ Paris scheint den Atem anzuhalten, so konzentriert sich alle Aufmerksamkeit auf die „Großen Vier“. Mit den größten Hoffnungen erwarten alle das große Ereignis: daß hier Gespräche stattfinden sollen, um auf friedlichem Wege Lösungen für die Probleme zu suchen, die nur gelöst werden können, wenn alle beteiligten Staaten gemeinsam daran arbeiten. Die Spannung und Erregung, mit der dieses Ereignis erwartet wird, ist ungeheuer. Vom Augenblick ihrer Ankunft auf dem Flughafen Orly an wird über jedes Wort und über jeden Schritt berichtet.

Chruschtschow kommt als erster an. Im offenen Wagen fährt er durch Paris, strahlend winkend. Von der Botschaft in der Rue de Grenelle aus macht er zu Fuß Spaziergänge durch die Straßen von Paris. In einem Lebensmittelladen unterhält er sich mit Besitzer und Angestellten und erklärt ihnen, daß es in der Sowjetunion einen solchen ungerechtfertigten Unterschied der Einkommen nicht gibt. Jeder fragt sich: „Was sagt ‚Monsieur K‘ (wie er in Frankreich genannt wird), was wird er tun?“ Ob bewußt oder uneingestandenmaßen erwartet jeder von ihm die Initiative.

De Gaulle ist der große Gastgeber des Tages, dem es daran liegt, die Gespräche, die hier in Paris stattfinden sollen, nun auch tatsächlich in Gang zu bringen.

Von Macmillan weiß man vom ersten Augenblick seiner Ankunft an, daß er sich bemühen wird, einen Kompromiß als Weg zur Verständigung zu finden. Aber völlig im Ungewissen ist man sich über die Rolle, die Präsident Eisenhower auf der Gipfelkonferenz spielen wird. Seine Haltung zu dem „unangenehmen“ Flugzeugzwischenfall ist völlig unklar. Die Ungewißheit wächst, da er sich hinter den Gittern der amerikanischen Botschaft scheu vor der Presse verbirgt. „Eine ganze Schar amerikanischer Generäle umgibt ihn, die aus allen Himmelsrichtungen herbeigeeilt sind und zumindest den Verdacht aufkommen lassen, daß Eisenhower weit eher dem Einfluß der Militärs unterliegt als es Chruschtschow umgekehrt zugeschrieben wird.“

Aber das, was sich um die „Großen Vier“ abspielt, ist nur die eine Seite des Bildes von der Gipfelkonferenz, das sich uns bietet. Da ist auch noch eine andere Seite, und je mehr wir davon sehen, desto mehr drängt sich uns die Frage auf, ob nicht diese unscheinbare Seite die eigentlich wichtige und entscheidende ist: Da kommen Männer und Frauen mit Hunderten von Unterschriften von einer Versammlung in Hamburg: „Wir sollen hier in Paris sagen, wie viele Deutsche es gibt, die als einen ersten wirklichen Beitrag zur Entspannung den Verzicht auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr fordern.“ Da sind Boten von einer Kundgebung in Frankfurt mit gleichen Forderungen. Sie treffen die Kanadierin, die den Weg nicht gescheut hat, um in Paris zu sagen, daß auch das kanadische Volk Abrüstung, Verzicht auf Atomtests und eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage fordert. Wir jungen Deutschen treffen hier in Paris eine Jugenddelegation aus Nottingham und stellen fest, daß das gleiche Anliegen uns verbindet: Wir wollen in Frieden zusammenleben. Wir wollen uns nicht durch blindwütige Rüstungsfanatiker in einen Krieg treiben lassen, der die ganze Welt ins Verderben stürzt. Aber wir sehen nicht nur unser Ziel vor den Augen, für uns und unsere Kinder ein glückliches Leben zu schaffen, wir wollen auch selber dafür etwas tun — und wir sind fest entschlossen, dieses Ziel zu erreichen. Darum haben wir zu Hause Unterschriften und Briefe gesammelt, darum sind wir jetzt hier in Paris, laufen von Botschaft zu Botschaft, diskutieren stundenlang, bringen wir unsere Forderungen in die Presse. Und wir wissen, daß die „Großen Vier“ diese Forderungen nicht überhören können.

Hier wird deutlich, daß die Forderungen nach friedlicher Koexistenz keine Hirngespinnste sind — weil sie hier

bereits Wirklichkeit geworden sind. Hier arbeitet die Jugend aus den verschiedensten Völkern für die gleichen Ziele zusammen. Hier diskutieren die Vertreter der englischen Gewerkschaften, der Bürgermeister von Nottingham, die Lehrer, die sich für den Frieden einsetzen, über ihr gemeinsames Anliegen. Und das, was uns immer wieder über alle Schwierigkeiten in der Arbeit hinweghilft, was uns Mut macht und beflügelt, ist die Erkenntnis und das Bewußtsein, daß wir allen Widerständen der Kalten Krieger zum Trotz durch unsere gemeinsame Arbeit über alle trennenden Schranken hinweg eine Wirklichkeit der friedlichen Koexistenz schaffen, für die die „Großen Vier“ dann eines Tages nur noch den „offiziellen Raum“ schaffen müssen.

Und weil wir diese Erfahrung in Paris gemacht hatten, konnte uns die Tatsache, daß die Gipfelkonferenz nun doch nicht stattfand, letzten Endes nicht entmutigen. Es wurde uns klar, daß wir auf dem Weg zu unserem Ziel noch nicht so weit waren, wie wir gehofft hatten, daß wir noch mehr Leute gewinnen, noch intensiver arbeiten müßten. Aber die Sicherheit, daß wir dieses Ziel erreichen würden, war nicht geschwunden, sondern gewachsen.

In Paris dreht sich immer noch grell Moulin Rouge, immer noch verschwinden die Paare eng umschlungen im Dunkel hinter dem kleinen Karussell an der Ecke, das sich dreht und dreht. Aber wir wissen, daß das Leben, dem wir entgegengehen, kein großes Karussell ist, kein sinnloser Kreislauf, aus dem nicht auszubrechen ist. Wir wissen, daß wir eine Wirklichkeit aufbauen, die zwar hart ist, aber „Gespräche und Verständigung“ sind in ihr nicht leere Phrasen. In dem Lied der englischen Atomwaffengegner heißt es:

„Ich gehöre zu einer Familie: zu der Familie, die die Menschheit umfaßt.“

Für diese Familie wollen wir auch in Zukunft weiter arbeiten.

Frauke Müller, Hamburg



Am Vorabend der Gipfelkonferenz: Prof. D. Vogel, Westberlin, spricht im vollbesetzten Essener Saalbau (neben ihm - von rechts nach links - Pfarrer Wandersleb, Prof. Dr. Rauhut, Frau Prof. Dr. Riemeck)

Der Zwischenfall von Swerdlowsk

Wohl selten hat ein Spionagefall eine so hochpolitische Bedeutung erhalten, wie der Abschluß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges über sowjetischem Hoheitsgebiet am 1. Mai. Vor Beginn der Gipfelkonferenz wurden dadurch die Ost-West-Beziehungen erneut größten Spannungen ausgesetzt und die geplante Besuchsreise des amerikanischen Präsidenten sogar von sowjetischer Seite abgesagt.

Was war geschehen?

Ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug vom Typ Lockheed U 2 war vom türkischen NATO-Stützpunkt Adana zum Absprungplatz Peschawar in Pakistan geflogen und von dort am 1. Mai zu einem Erkundungsflug quer über die Sowjetunion in Richtung Ural—Archangelsk—Finnland—Schweden zum norwegischen NATO-Stützpunkt Bodö gestartet. Eine Strecke von über 6000 km, die dieser Flugzeugtyp in einem Fluge zurückzulegen durchaus in der Lage ist. Der US-Geheimdienst nahm wohl an, daß der Pilot, Hauptmann Powers, auf diesem Wege, im Rücken der sowjetischen Radargeräte, die Strecke unentdeckt zurücklegen könnte und zum anderen, daß der sowjetische Luftmelde-dienst aus Anlaß des 1. Maifeiertages wohl weniger aufmerksam sein würde.

Erinnern wir uns, daß auch Hitler seinen Überfall auf die Sowjetunion in die frühen Morgenstunden eines Sonntags legte, in der Annahme, zu dieser Zeit würde sicher ein großer Teil der Soldaten sich auf Sonntagsurlaub befinden und die Bevölkerung das sommerliche Wochenende unbeschwert bis in den Sonntagmorgen genießen, wodurch das Moment der Überraschung voll zur Geltung kommen sollte.

Als der amerikanische Pilot ca. 2000 km über sowjetischem Gebiet zurückgelegt hatte, ereilte ihn bei Swerdlowsk sein Schicksal. Mit einem einzigen Raketenschuß wurde er aus 20 000 m Höhe heruntergeholt.

Die Sowjetunion hatte im Januar dieses Jahres bereits Proben ihres Könnens auf diesem Gebiet abgelegt. Sie schoß 2 Großraketen über eine Distanz von 12 000 km ab, deren Endstufen nur 2 km neben dem Zielgebiet lagen. Diese Treffsicherheit entspricht der Leistung eines Kunstschützen, der auf 200 m eine Scheibe von nur 3 qcm trifft! Wer so etwas vermag, für den dürfte der Abschluß eines Flugzeuges aus 20 km Höhe mit einer Fla-Rakete kein Problem sein. Dabei braucht die Fla-Rakete noch nicht einmal das Flugzeug direkt zu treffen. In einer bestimmten Höhe und Entfernung vom Objekt wird der Zünder durch einen besonderen Mechanismus angesprochen, wodurch der Sprengkopf zur Detonation gebracht wird. Die Splitterwirkung genügt, um das Flugzeug zum Absturz zu bringen. Die später in Moskau gezeigten Tragflächen wiesen ja auch zahlreiche Einschläge auf, die die Außenhaut der Flächen zerfetzt hatten.

Der Pilot betätigte nicht den Schleudersitz, sondern ist mit dem ange-

schlagenen Flugzeug in die dichteren Lufthüllen heruntergegangen und dann mit dem Fallschirm ausgestiegen. Aus den aufgeschlagenen Trümmern — ohne Aufschlagbrand — wurden der Filmapparat und Kassetten mit belichteten Filmen geborgen.

Reaktion der USA

Auf die erste Meldung des Zwischenfalles, in der von sowjetischer Seite keine weiteren Einzelheiten bekannt gegeben worden waren, erklärte Washington in der Annahme, durch den Abschluß gäbe es keine gegenteiligen Zeugen, es habe sich nur um eine harmlose und unbewaffnete zivile Wettermaschine gehandelt, die im Auftrage der Forschungsbehörde für Weltraumfahrt (NASA) Forschungsflüge durchführte, wobei der arme Pilot beim Fotografieren von Wolken aufgrund von Sauerstoffmangel wohl ohnmächtig geworden sei und sich „verirrt“ habe. Die Lächerlichkeit dieser Erklärung — der Pilot war immerhin schon 2000 km in sowjetisches Hoheitsgebiet eingedrungen — wurde vollends zur Grotteske, als Chruschtschow, gleich einem Paukenschlag, nun den lebenden Piloten und das ganze Beweismaterial seines Spionageauftrages der Weltöffentlichkeit vorstellte. Das amtliche Washington war im wahrsten Sinne des Wortes zunächst stundenlang sprachlos. Dann raffte man sich zu der Erklärung auf, daß das „unbewaffnete“ Flugzeug ohne Wissen und Autorisierung der

amerikanischen Regierung über die Sowjetunion geflogen sei, um Informationen zu sammeln.

Hier hörte nun für die übrige Welt die Gemütlichkeit auf. Mit dieser Erklärung hatten die USA ihrer ganzen Dreistigkeit die Krone aufgesetzt. Aus allen Ländern hagelte es Proteste und besorgte Fragen wurden laut, was man wohl in der Zukunft zu erwarten habe, wenn die Rechte in Washington nicht wisse, was die Linke in der Türkei tue. Damit wäre ja jedem Abenteuerer oder wild gewordenem General Tor und Tür geöffnet, die Welt in einen Krieg zu stürzen. Denn das nächste Mal könnte so ein Flugzeug statt Kameras auch Atombomben mit sich führen. Welch anomale Lage müsse in den USA herrschen, wenn das Weiße Haus keine Kontrolle über Maßnahmen seiner Außenpolitik ausübe und Kreise, die keine Entspannung wünschten, durch eine solche Provokation einfach eine Gipfelkonferenz torpedieren und das politische Klima verschlechtern könnten. Damit wären auch alle die hochtrabenden Worte über Entspannung und Frieden unglaubwürdig.

Jetzt wurde die peinliche Angelegenheit für die USA zu einem ersten Politikum. Unter dem Eindruck dieser handfesten Argumente ergriff Eisenhower die Flucht nach vorn und ließ durch seinen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Herter, nunmehr erklären, daß der Flug mit Wis-



„Schema Marschruta“ — Der Flugweg des Hauptmanns Power, dargestellt auf einer Landkarte auf einer Ausstellung in Moskau.

sen und im Auftrag Washingtons durchgeführt sei, um militärische Dinge hinter dem eisernen Vorhang zu erkunden, weil man sich vor einem Überraschungsangriff schützen wolle. Spionageflüge seien ein Bestandteil der Politik. Sofort echote der Bundeskanzler auf einer Kundgebung in Düsseldorf am 10. Mai, daß er schon lange von diesen Flügen gewußt habe, „das gehört zum Geschäft“.

Gefahr für den Frieden

Und damit beginnt die Angelegenheit für den Weltfrieden außerordentlich gefährlich zu werden. Mit der öffentlichen Verteidigung der Luftspionage, ja offiziellen Einbeziehung in die westliche Politik, verläßt man den Boden des Völkerrechts und begibt sich auf das Niveau von Gangstern und Piraten, die auch für ihre Taten das Licht der Öffentlichkeit scheuen und durch ihre zwielichtigen Machenschaften Unsicherheit, Mißtrauen, Angst und Gefahr verbreiten. Wie sehr den Amerikanern das Rechtswidrige ihres Handelns klar war, zeigen die dem Piloten mitgegebenen Utensilien, mit deren Hilfe er sich bei einer Notlandung nach Westen durchschlagen sollte: entweder durch Gewalt (Pistole mit Schalldämpfer und Dolch) oder mit Geschenken an hilfsbereite Einwohner (goldene Ringe und Uhren) oder mit Bestechung (Geld in verschiedenen Landeswährungen); im äußersten Falle sollte er Selbstmord begehen (Giftnadel). Interessant ist auch, daß er einen Trockenbrennstoff einer Stuttgarter Firma mit sich führte, damit er sich bei einem eventuellen Fußmarsch eine warme Mahlzeit zubereiten konnte.

Diese Luftspionage gibt den Völkern kein Gefühl der Sicherheit, was die „Aufklärungs“-Flüge doch nach den amerikanischen Erklärungen bewirken sollen, sondern bedeuten im Gegenteil Gefahren, die bei den heutigen Waffen, gegenüber früheren Zeiten, in potentieller Weise gestiegen sind. Denn sehr oft werden bei der Abwehr Alarme ausgelöst, die durch das Auftauchen von Meteoren auf den Radarschirmen, durch Interferenzen (Überlagerung von mehreren Wellen an einem Ort) von Hochfrequenzsendern, die Flecken auf den Schirmen verursachen, oder durch unbekannte Gegenstände hervorgerufen werden. Albert Schweitzer hat einmal in einem Rundfunkvortrag sehr richtig festgestellt: „Die Nötigung zu schnellster Abwehr ist es, welche die große Gefahr des zufälligen Ausbruchs eines Atomkrieges in sich trägt.“ Bei der Schnelligkeit, mit der die Abwehr ihr Handeln entscheiden muß, ist nach Schweitzers Meinung die Möglichkeit eines verhängnisvollen Irrtums gegeben. Eine unvorsichtige Provokation seitens der Amerikaner genügt, um von Seiten der Sowjetunion entsetzliche Vergeltungsschläge dem Westen gegenüber auszulösen. Das außerordentlich gefährliche liegt eben besonders darin, daß bei dem provozierenden Eindringen amerikanischer Flugzeuge in sowjetisches Hoheitsgebiet nicht nur Jagdflugzeuge und Flak-Raketen, sondern auch interkontinentale ballistische Raketen in Aktion treten können. Diese sind nämlich — einmal gestartet — nicht mehr zurückzubehalten. Sie verbrauchen ihren Treibstoff in den ersten drei Minuten

und fliegen dann über viele tausend Kilometer wie eine Granate auf ihr Ziel. Daher die Bezeichnung „ballistisch“.

Nicht umsonst hat Chruschtschow in seiner berechtigten Empörung mit folgenden Worten darauf hingewiesen:

„Wenn die Erkundungsflüge fortgesetzt würden, kann dies zum Kriege führen. Wir werden solche Flugzeuge herunterschließen, und wir werden gegen Stützpunkte losschlagen, von denen aus diese Flugzeuge in unser Gebiet geschickt werden.“

Wenn die Vereinigten Staaten auf ihrem eigenen Gebiet noch keinen wirklichen Krieg kennengelernt haben, keine Luftangriffe erfahren haben und wenn sie einen Krieg auszulösen wünschen, dann werden wir gezwungen sein, Raketen abzuschießen, die in der allerersten Minute des Krieges auf dem Gebiet des Angreifers explodieren.“

Diese militärischen Aspekte wird jeder verstehen. Deshalb die verständliche Frage: Warum sollen dann trotzdem amerikanische Spionageflüge in so provokatorischer Weise weiter durchgeführt werden?

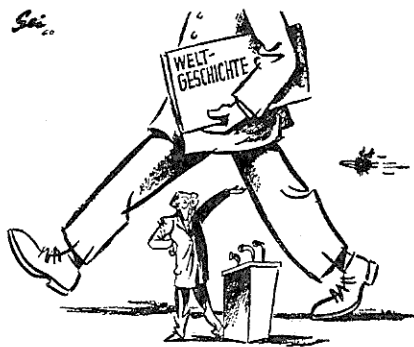
Die Antwort kann nur lauten: Weil man es mit Abenteurern auf dem Gebiet der Militärpolitik zu tun hat, mit Generalen, die scheinbar den gleichen Weg zu gehen beabsichtigen, wie Hitler mit seiner Wehrmacht, dessen Angriffskriege auch mit Luftaufklärungen über fremdem Staatsgebiet begannen. Spionage wird von allen Staaten betrieben. Auch Aufklärungsflüge an den Grenzen zu einem Nachbarstaat sind erlaubt und gerechtfertigt. Aber es besteht ein fundamentaler Unterschied, ob ein solch legaler Flug durchgeführt wird oder das Hoheitsgebiet eines anderen Staates zur Erkundung von Atombombenzielen überflogen wird. Hierdurch wird die Souveränität eines anderen Staates und damit das Völkerrecht verletzt. Daß derartige Flugzeuge waffenmäßig „unbewaffnet“ sind, ist eine im Kriege häufig geübte Praxis, um sie nämlich bei hochgezuchteten Motoren von jedem unnötigen Ballast zu befreien, damit sie gegenüber der feindlichen Abwehr so schnell wie möglich werden und größte Höhen erreichen können. In Wirklichkeit sind sie aber doch bewaffnet, nämlich mit Kameras, wie die amerikanische U 2, die Bilder vom sowjetischen Territorium für die NATO „geschossen“ hatte.

Ich erinnere mich als Staffelkapitän der Aufklärungsstaffel des XXIX. Armee-Korps noch sehr gut der Bilder, die deutsche Fernaufklärer lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion mit dem Typ Ju 86 aus 10000 m Höhe von sowjetischem Gebiet gemacht hatten, so daß es dem Korps aufgrund der Filmaufnahmen möglich war, das ganze Gelände vor dem Korpsabschnitt im Sandkasten maßstabsgerecht für die Angriffsdivisionen darzustellen. Auch alle Bombenzielen in der Sowjetunion wurden auf diese Weise komplett erflogen. Und gerade Großbritannien sollte sich an die jahrelang vor dem 2. Weltkrieg durchgeführten Flüge der deutschen See-Luftstreitkräfte unter dem Befehl des damaligen Hauptmanns Harlinghausen — heute General der Bundeswehr — über der Insel und deren Hoheitsge-

wässern erinnern, die England damals auf das schärfste brandmarkte, in einer Zeit, als es noch kein Radar und keine Raketen gab. Alle dabei gemachten wichtigen fotografischen Aufnahmen gehörten ganz eindeutig zu Hitlers Kriegsvorbereitungen. So war es auch kein Wunder, daß die sowjetischen Vernehmungsoffiziere, bei dem Tiefstand der bundesrepublikanisch-sowjetischen Beziehungen und in Erinnerung an Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, den amerikanischen Hauptmann Powers zunächst auf deutsch ansprachen, weil sie in ihm einen Bundeswehrpiloten vermuteten.

Regierungen bleiben verantwortlich

Schließlich ist auch noch ein Wort zu den Stützpunkten zu sagen, von denen aus die Einflüge in die Sowjetunion stattfinden.



„Für mich jäh und jäh es nur ein Problem: Wahlen zu gewinnen!“
(mit freundlicher Genehmigung der „Westfälischen Rundschau“)

Bekanntlich errichteten die USA im Laufe der Nachkriegsjahre rd. 1000 Stützpunkte rings um die Ostblockstaaten in allen möglichen außeramerikanischen Ländern mit der Absicht, die für ihre Atombomber langen Anflugzeiten aus den USA auf diese Weise zu verkürzen. Denn interkontinentale ballistische Raketen stehen den Amerikanern auch heute noch nicht zu Verfügung.

Wie schnell ein solches Land, welches sein Territorium einer Großmacht zur Verfügung stellt, in einen Krieg gezogen werden kann, das zeigt als lehrreiches Beispiel die Türkei. Am Anfang des 1. Weltkrieges suchten die beiden deutschen Kriegsschiffe „Goeben“ und „Breslau“ in den Dardanellen Schutz vor britischen Verfolgern. In den türkischen Hoheitsgewässern wurden die Schiffe mit Zustimmung der türkischen Regierung zu türkischen Kriegsschiffen umfrisiert, liefen dann in das Schwarze Meer aus und griffen ohne Kriegserklärung der Türkei russische Häfen am 28. Okt. 1914 zur Entlastung der österreichischen Südfront an. Sofortige Kriegserklärungen Rußlands, Englands und Frankreichs an die Türkei waren die Folge.

Heute liegen die Dinge nicht viel anders. Diesmal sind es die USA, die die Türkei für ihre Ziele einspannen wollen, wie der Start des amerikanischen Spionageflugzeuges vom türki-

schen Flugplatz Adana zeigt. Auch Pakistan ist beteiligt, von dessen Flugplatz Peschawar dann der endgültige Start in die Sowjetunion erfolgte. Genauso verhält es sich mit Norwegen, auf dessen Flugplatz Bodö die Maschine wieder landen sollte. Der japanische Außenminister gab zu, daß auf Grund des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages amerikanische Flugzeuge vom Typ U 2 von Japan nach der Volksrepublik China starten.

England will untersuchen, ob auch von seinem Territorium Spionageflüge gegen den Osten geflogen werden.

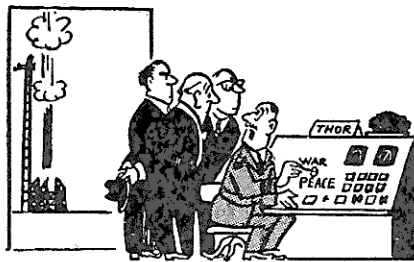
Schließlich ist, wie die „Frankfurter Rundschau“ vom 10. 5. mitteilt, natürlich auch die Bundesrepublik in diese Angelegenheit verwickelt. Amerikanische Fernaufklärer starten und landen vom Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt gegen den Osten. Schon einmal hatte die Bundesrepublik süddeutsche Flugplätze den amerikanischen Aggressionstruppen gegen den Libanon und Jordanien zur Verfügung gestellt.

Chruschtschow erklärte dementsprechend einer Reihe von Botschaftern der mit den USA verbündeten Staaten, die sowjetische Vergeltung werde sich bei weiteren amerikanischen Provokationen auch gegen ihre Länder richten, wenn festgestellt werden sollte, daß die amerikanischen Flugzeuge dort aufgestiegen sein sollten. Die Lehre daraus heißt also: Wer im Rahmen der NATO Schützenhilfe für Aggressionen leistet und die Souveränität über Stützpunkte in seinem Land aufgibt, wird an den „Rand eines Krieges“, ja in einen Krieg gebracht, ob er will oder nicht.

Statt diese Warnung vor militärischen Unbesonnenheiten ernst zu nehmen, antwortete ein Sprecher in Washington, die USA würden im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Stützpunkte in verbündeten Ländern ihre Verteidigungspflichten einhalten, wodurch diesen Ländern noch der Rücken gestärkt wurde.

Kampf dem Atomtod

Machthungrige Ignoranten sind also bereit, Europa und die Welt in ein Kernwaffenchaos zu stürzen und da-



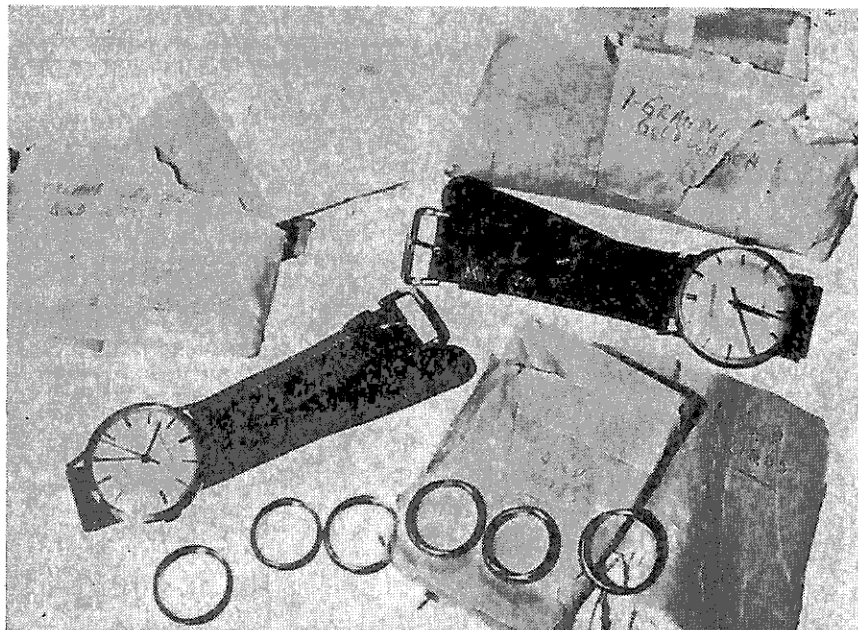
„Es ist ganz einiach, meine Herren - Sie drehen den Schalter einfach so herum: klick!“

(Friell in „Evening Standard“)

mit ihren Völkern unermeßliches Leid, Tod und Elend zuzufügen. Durch ihre Weigerung, auf atomare Versuchs-Explosionen sowie auf Spionageflüge zu verzichten, haben sich die amerikanischen Militaristen vor aller Welt bloßgestellt.

Doch ehe diese Herrschaften der Menschheit nie wieder gut zu machende Schäden durch einen Atomkrieg zufügen, werden die Völker sie zwingen, ihre Kriegsvorbereitungen aufzugeben. Unser Volk steht im Ringen um die Erhaltung des Friedens mit an erster Stelle. Wenn manche Leute heute vom Selbstbestimmungsrecht in Bezug auf Deutschland sprechen, so wehren wir uns gegen ein angemessenes „Recht“, unser Volk und Land mit Hilfe einer „Politik der Stärke“ und in deren Gefolge durch Massenvernichtungsmittel in höchste Gefahr zu bringen. Unser Anspruch auf Selbstbestimmung enthält die Forderung nach Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Beseitigung der Atomwaffen von deutschem Boden, nach vollständiger Abrüstung und internationaler Verständigung.

Wir werden unsere Kräfte in den nächsten Wochen und Monaten verstärken müssen, um kommende Verhandlungen zu erleichtern, den Atomstrategen das Handwerk zu legen und die Politik „am Rande des Krieges“ zum Scheitern zu bringen. Damit werden wir dem Frieden und der Sicherheit der Völker einen großen und nützlichen Dienst erweisen. —



Hauptmann Powers' Ausrüstung: 2 Armbanduhren, 6 Goldringe, Geldscheine verschiedener Währungen.

„Unsere Verteidigung: der Friede!“

Brief der „Friedensgesellschaft von Toronto“ an den kanadischen Premierminister — Mai 1960

Wir begrüßen es, daß die Regierung von Kanada unzweideutig für die sofortige und endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche eingetreten ist.

Wir bitten die Regierung dringend, ihre Bemühungen fortzusetzen, eine unabhängige Außenpolitik zu entwickeln, deren einziges Ziel es ist, der Welt den Frieden zu erhalten und sie von allen Militärbündnissen zu befreien. Unser bester Beitrag zum Weltfrieden kann darin bestehen, unterentwickelten Völkern Unterstützung zu gewähren.

Die sogenannte Verteidigungspolitik unseres wichtigsten Bündnispartners in NORAD und NATO, der USA, kann und will Kanada nicht schützen. Ihr Hauptzweck ist der Aufbau einer schlagkräftigen „massiven Vergeltung“. Das Ergebnis ist ein Wettrennen mit immer fürchterlicheren Massenvernichtungsmitteln, das nur in einer Katastrophe enden kann, die unser Land genau wie andere Staaten in den Untergang hineinreißt.

Unsere einzige Verteidigung ist der Friede. Kanada als eine mittelgroße Macht, frei von Aggressionsplänen und Kolonialismus, kann eine entscheidende Rolle dabei spielen, alle mittelgroßen Mächte und alle nicht-kompromittierten Nationen zusammenzuführen, um gemeinsam der Spaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke entgegenzuwirken.

Um Kanada in die Lage zu versetzen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, schlagen wir folgendes vor:

1. Beendigung der Stationierung von Atomwaffen und fremden Truppen auf kanadischem Gebiet und Auflösung der NORAD;
2. Umwandlung der sogenannten „Dew Line“ (Verteidigungslinie im Norden Kanadas, d. Red.) entweder in eine rein kanadische Einrichtung oder in eine solche der symbolischen UNO-„Präsenz“, um transpolare Überraschungsangriffe in beiden Richtungen zu verhindern;
3. Zurückziehung der kanadischen Truppen aus Deutschland;
4. Umwandlung der NATO in eine Organisation zur friedfertigen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit (siehe Artikel 2 des ursprünglichen Vertrages!) — falls sich dies als unmöglich erweisen sollte, Ausscheiden aus der NATO;
5. Anerkennung der Regierung Chinas und Unterstützung des Antrages auf Aufnahme Chinas in die UNO;
6. Widerstand gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Eintreten für eine Neutralisierung der beiden deutschen Staaten;
7. Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands durch friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung zu errichten;
8. Garantie der Freiheit Westberlins und des Zugangs dorthin durch einen internationalen Vertrag anstelle der Berufung auf das sogenannte Besatzungsrecht.

Ständiger Kongreß zur Gipfelkonferenz

Auf Beschluß des Büros des Präsidiums hatten wir uns an eine repräsentative Reihe von Persönlichkeiten mit der Bitte gewandt, uns ihre Gedanken zur Gipfelkonferenz mitzuteilen. Vor allem baten wir um Stellungnahme zu der Frage, was die Regierung der Bundesrepublik Deutschland tun sollte, um zur weltweiten Entspannung beizutragen.

Von folgenden Damen und Herren gingen bei uns Zuschriften ein:

Middendorf, Pastor i. R. Kirchenpräsident a. D., Schüttdorf, Kreis Bentheim; Dr. Hermann Schörl, Oberstudienleiter i. R., Bad Homburg v. d. H., Louisenstraße 89; ESPERANTO LINGVO INTERNACIA, Adolf Mosch, Bad Boll über Ronndorf, Schwarzwald; H. Störing, Vors. der IG Druck und Papier, Neuwied; Prof. Dr. Ernst Meier, Haßfurt am Main, Carius-Heier-Str. 22; Zentralausschuß der Landbevölkerung gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik, 1. Vors. Ernst Heywang, Marktbreit; Maria Scheiding, Lehrerin i. R., Bonn-Kessenich; Mira von Kühlmann, München 2, Linprunstraße 56/o; Max Köhler, Betriebsrat, Braunschweig, Wendenring 40; E. Hallmann, Mitglied des Betriebsrates der Fa. Frd. Rippel KG, Herden; Prof. Dr. Ing. Max Schuler, Göttingen, Rohnsweg 28; Oskar Müller, Buchschlag Kreis Offenbach, Otto-Kämper-Ring 13; Pfarrer Ernst Gilbert, Wollbach über Lörrach; Frau Dr. F. Greve, Münster/Westfalen, Eugen-Müller-Str. 25; Dr. phil. Maria Bauer, Kusel/Pfalz, Landschaftsstr. 3; Prof. Dr. Ing. Richard Döcker, Stuttgart, Hermann-Kurz-Str. 44; Oberregierungsrat a. D. Blümke, Stade/Elbe, Fritz-Reuter-Str. 14; Hans Graef, Bildhauer, Karlsruhe; Leonhard Eckertspurger, Akad. Kunstmaler, Obersdorf; Alfred Gillissen, Chefdirigent, Wuppertal-Elberfeld, Goebenstraße 16; Pastor Joh. Heinrich Wicke, Braunschweig, Hinter der Magnikirche 7; Dr. Hans Loew, Rothenstadt; Studienrat Dr. Hans Nissen, Flensburg, Husumer Straße 1a; A. Käppele, VDE-VSI Ingenieur und Naturforscher, Michelstadt (Odw); Dr. jur. Hartmut Berlet, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden, Adelheidstraße 34; Jehovas Zeugen, Versammlung Co-

burg; Eckhard Bremer, Studienrat, Bad Gandersheim, Hildesheimer Straße 12; Dr. med. Hessenbruch, Leitender Arzt, Quellen-Sanatorium, Paracelsus-Bad, Bad Liebenzell/Schwarzwald; Dr. Ernst Klusen, Viersen, Im grünen Winkel 18; August Peukert, Maler, Großauheim am Main; J. Becker, Oberstudienrat a. D., Nürnberg, Güntherbühlstraße 54; Dr. med. M. Dammers, Facharzt für Augenleiden, Weinheim a. d. Bergstraße, Bismarckstraße 11; Hans Schröder, Hauptlehrer a. D., Oldenburg, Rehweg 25; Dr. med. Siegmund Schmidt, prakt. Arzt, Vörden (Bezirk Osnabrück); Dr. Heinrich Otto, Oberstudiendirektor a. D., Kassel; Dr. med. E. Schröder, Arzt und Geburtshelfer, Lübeck-Travemünde; Helmut Oeljeklaus, cand. rer. nat., Westerholt, Steinstraße 3; Otto Thiem, Maler und Graphiker, Herne, Roonstraße 50a; Obermedizinalrat Dr. Binsack, Groß-Gerau, Walther-Rathenau-Straße 27; W. Runkel, Köln-Hohweide, Neufelderstraße 2; Pfarrer A. Marquis, Schmalenberg/Pfalz; D. H. Strathmann, Erlangen, Rathsberger Straße 28; Dr. Hanns Martin Elster, München-Gräfelting, Maria-Eich-Straße 54b; Dr. med. Karl Hagedorn, Facharzt für innere

Medizin, Düsseldorf-Gerresheim, von-Gahlen-Straße 4—6; Otto Knobloch, Architekt BDA, Göttingen, Am Pfingstanger 58; Betriebsausschuß gegen Atomtod, Berlin-Tempelhof, Eresburgstraße 18/21; Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden, Hellmundstraße 44; Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt a. M., Am eisernen Schlag 3.

Der Sekretär des Büros, Karl Ludwig Opitz, übergab der in Paris anwesenden Delegation der vier Großmächte eine dreiundzwanzigseitige Zusammenstellung von Auszügen aus diesen Stellungnahmen.

Bilder:

Keystone: 1; Keystone (TASS): 1;

Kluwe, Göttingen: 1

Zier, Gevelsberg: 1

Hollmann, Hamburg: 1;

Hollmann, Göttingen: 1

Tripp, Düsseldorf: 1

Archiv: 2

Vom Verfasser mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Ansicht der Redaktion wider.

Kind

ohne Gehirn geboren

Tokyo, 14. März 1960 (dpa):

In Nagasaki ist ein Kind ohne Gehirn geboren worden. Die Eltern, ein 30-jähriger Büroangestellter und seine 28 Jahre alte Frau, waren bei der Explosion der Atombombe in Nagasaki 1945 radioaktiven Strahlungen ausgesetzt gewesen. Die Ärzte halten es für möglich, daß das Fehlen des Gehirns bei dem Kind, das nach der Geburt noch 24 Stunden lebte, auf radioaktive Schäden zurückzuführen ist, die die Eltern davontrugen. Kinder ohne Gehirn waren bisher nur bei Tod- oder Fehlgeburten festgestellt worden.



1. Mai 1960 in Göttingen: Eines der großen Transparente, wie sie dort für die Mai-Umzüge schon zur Tradition geworden sind.

Die Auswirkungen der Atomversuche

— aus: „Stimme der Gemeinde, Nr. 6/1960 (15. März 1960) mit freundlicher Genehmigung der Redaktion; von der Verfasserin für den KONGRESSDIENST gekürzt —

Wenn auch die psychologischen Folgen der jüngst in der Sahara zur Explosion gebrachten französischen Atombomben weit schwerwiegender sein dürften als die biologischen, so sollten uns diese Ereignisse doch Anlaß sein, zur Kenntnis zu nehmen, was die Wissenschaftler an Material über die Auswirkungen der großen Testserien in den Jahren 1957/58 zusammengetragen haben. Es ist ja ein Zeichen der Schnelligkeit unserer Zeit, daß alle noch so leidenschaftlichen Debatten längst verstummt sind, wenn die Fachleute die Ergebnisse ihrer Untersuchungen vorlegen. Unser Leben ist weitergegangen als sei nichts geschehen, und vielen mag es scheinen, als habe die Zeit jenen Wissenschaftlern und Politikern recht gegeben, die meinten, es sei ja alles gar nicht so schlimm.

Da sich die radioaktiven Strahlen der Wahrnehmung durch unsere Sinne entziehen und auch auf die unsichtbare Ursache nicht unmittelbar eine sichtbare Wirkung gefolgt ist, sind wir jetzt noch mehr als zuvor geneigt, alle Warnungen auf die leichte Schulter zu nehmen. Es werden Jahre und Jahrzehnte, bei manchen Folgen sogar Generationen vergehen, bis unsere grausame Verantwortungslosigkeit offenbar werden wird, aber sie wird eines Tages offenbar werden!

Was ist bisher in der Bundesrepublik geschehen, um Aufschluß über die Auswirkungen der Kernwaffenversuche zu bekommen?

Im Oktober 1956 berief der Bundestag namhafte Wissenschaftler in einen „Sonderausschuß Radioaktivität“ (SAR). Dieser hat im Januar 1958 und im März 1959 seine ersten Berichte vorgelegt. Danach haben einige wenige Institute bereits 1952/53 mit ersten orientierenden Messungen begonnen. Ein ausreichend dichtes Netz wissenschaftlicher Stationen zur systematischen Kontrolle der Luft und der Niederschläge wurde aber erst im Laufe des Jahres 1957 geschaffen. Da nach den vorliegenden Angaben bis Ende 1956 bereits 102 Versuchsexplosionen (72 amerikanische, 20 sowjetische und 10 britische) stattgefunden hatten, fehlen in den allermeisten Fällen Vergleichswerte, und die Zunahme der Radioaktivität exakt angeben zu können.

Die meisten Schwierigkeiten bereitet zur Zeit noch die Trennung der verschiedenen radioaktiven Elemente. Bisher wird fast ausschließlich die Gesamtradioaktivität bestimmt, die von sehr verschiedenen, teils lang-, teils kurzlebigen Strahlenelementen geliefert wird. Eine Unterscheidung wäre aber vor allem bei den Angaben über die dem Boden durch die Niederschläge zugeführte Aktivität notwendig, um zu erfahren, welche Mengen der langlebigen radioaktiven Stoffe mit der Zeit im Boden angereichert werden, bzw. von dort in das Grund-

wasser, in die Pflanzen und damit in die Nahrungsmittel übergehen.

Wieviel radioaktive Strahlung kann vom menschlichen Körper ohne Schädigung vertragen werden?

Dies ist die entscheidende, zugleich aber die schwierigste aller Fragen. Seit etwa 25 Jahren arbeitet man in der Strahlenforschung an der Festlegung einer sogenannten „Toleranzdosis“ als oberer Grenze für eine noch unschädliche Strahlenbelastung. Dabei berücksichtigte man zunächst nur erbbiologische Gesichtspunkte und nahm als höchste zulässige Strahlenbelastung ein Viertel der Dosis an, die eine Verdoppelung der natürlichen Erbänderungsrate hervorruft. Aber selbst die Zahl der spontan auftretenden Erbänderungen läßt sich nur sehr ungenau angeben, da diese meist so lange verborgen bleiben, bis in der Folge der Generationen zwei Partner mit der gleichen Erbänderung zusammentreffen und unter ihren Nachkommen der Erbschaden zur Auswirkung kommt. Andere Erbänderungen sind dagegen so einschneidend, daß sie schon vor der Geburt den Tod herbeiführen; nur ist die eigentliche genetische Ursache äußerlich so schwer von anderen Todesursachen unterscheidbar, daß sie in der Praxis selten wirklich erkannt wird. Inzwischen hat sich aber auch gezeigt, daß nicht nur das Erbgut geschädigt wird, sondern daß auch schon relativ geringe Strahlendosen krankhafte Veränderungen der Körperzellen hervorrufen können. Die meisten Forscher sind deshalb heute der Meinung, daß es praktisch überhaupt keine absolut unschädliche Strahlendosis gibt, sondern daß selbst die geringste Strahleneinwirkung im Körper schädliche Veränderungen hervorruft, auch wenn diese nicht direkt nachweisbar sind.

Einer gewissen, regional verschiedenen starken Strahleneinwirkung ist alles Leben auf der Erde ständig ausgesetzt. Diese durch radioaktive Mineralien in der Erdrinde und durch kosmische Höhenstrahlung verursachte Strahlenbelastung beträgt etwa 0,002 bis 0,003 r (Strahleneinheit „Röntgen“) pro Woche. Demgegenüber liegt die nach mehrmaliger Herabsetzung in den letzten Jahren als Richtschnur angenommene „Toleranzdosis“ für die Gesamtbevölkerung bei 0,03 r pro Woche, für Beschäftigte in „Strahlenbetrieben“ bei 0,3 r pro Woche. Von der technischen Seite her gesehen, stellt dieses Verhältnis von 1:10:100 einen sehr geringen Spielraum dar, der in Strahlenbetrieben größte Vorsichtsmaßnahmen erfordert; aus biologischer Sicht bleibt aber die ernste Frage, ob der menschliche Körper eine Erhöhung der auf ihn einwirkenden Radioaktivität auf das zehnfache oder gar das hundertfache wirklich ohne schwerwiegende Folgen überstehen würde. In manchen Fällen wurden Blutveränderungen bereits bei einer Dauerbestrahlung von

1 r pro Woche — also bei etwa dem Dreifachen der Toleranzdosis — beobachtet, und Versuche an weißen Mäusen ergaben bei Strahlendosen in der Größenordnung der Toleranzdosis eine Vergrößerung der Krebsbildungsrate um 60%. Die Ergebnisse von Tierversuchen sind zwar nicht ohne weiteres auf den Menschen übertragbar, sie dürften aber zusammen mit ähnlichen Befunden veranlaßt haben, daß die „höchstzulässige Dosis“ für Arbeitende in Strahlenbetrieben in den letzten Jahren noch einmal international von 0,3 r auf 0,1 r pro Woche bzw. von 15 r auf 5 r pro Jahr herabgesetzt worden ist.

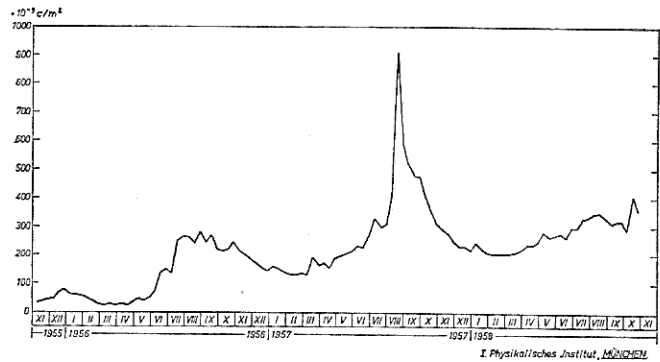
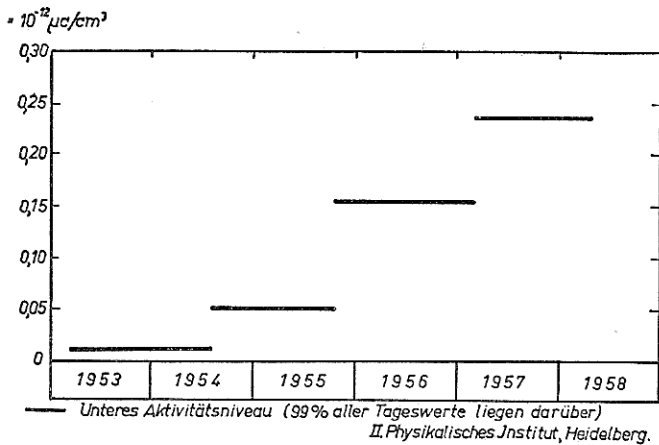
Wie groß ist die Strahlenbelastung des menschlichen Körpers durch die künstliche Radioaktivität?

Der 1. Bericht des SAR stellt fest, daß Leuchtzifferblätter von Armbanduhren und Fernsehgeräte keine ins Gewicht fallenden Faktoren darstellen. Dagegen kann die Belastung durch medizinische Strahlenanwendung in den hochzivilisierten Ländern 25 bis 100% der natürlichen Strahlenbelastung erreichen. Allerdings sind die einzelnen Organe des menschlichen Körpers sehr verschieden strahlenempfindlich, und der verantwortungsbewußte Arzt wird heute in jedem Fall Nutzen und möglichen Schaden einer Röntgendiagnose oder Strahlentherapie gegeneinander abwägen, ehe er seine Entscheidung trifft.

Schwierig ist es, auch für die bisher durch Kernwaffenversuche verursachte zusätzliche Strahlenbelastung des Körpers genauere Zahlenangaben zu machen. Im 1. Bericht wird sie auf „einige Prozent“ der natürlichen geschätzt, und eine UNO-Kommission hat 1956 Werte von 2 bis 5% (je nach geographischer Lage) genannt. Dabei ist jedoch nur die Strahlung „von außen“ berücksichtigt. Bekanntlich kommt dazu aber noch eine Strahlung „von innen“ infolge Aufnahme und Einlagerung radioaktiver Substanzen in den Körper. Solange über Größe, laufende Zunahme und Folgen dieser biologisch wirksameren Strahlung keine Erfahrungen vorliegen, werden alle Daten über die von außen wirkende Strahlung nur ein sehr unvollständiges Bild geben.

Das viele Zahlenmaterial der beiden Berichte ist aber dennoch überaus wichtig, um die Entwicklungstendenzen zu verfolgen:

In der Abbildung 1 ist das Ansteigen des „unteren Aktivitätsniveaus“ der bodennahen Luftschicht dargestellt, d. h. es wurden in dieses Diagramm jeweils nur die niedrigsten gemessenen Werte eingetragen. Als mittlere Werte für die künstliche Radioaktivität der Luft nannte Bundesatomminister Balke in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage der SPD vom 18. 3. 1959: Oktober-Dezember 1956: 4,4; 1957: 15; 1958: 21,9; Januar 1959: 41; Februar 1959: 46. Die Größenordnung der Luftaktivität ist aber



trotzdem noch so klein, daß selbst im Februar 1959 erst der 25. Teil des kritischen Wertes erreicht war. Gegenüber der Radioaktivität der Niederschläge beträgt die Luftaktivität nur etwa ein Hundertstel. Bei den Vergleichen müssen deshalb die obigen Zahlen durch 100 dividiert werden.)

Mit keinem Wort erwähnen die Berichte des SAR die in der Luft zusätzlich auftretenden sogenannten „heißen Körnchen“, winzigste Partikel mit einer rund tausendmal stärkeren Radioaktivität. Im Durchschnitt kommt in 460 m³ Luft ein solches Teilchen vor. Wird es mit der Atemluft aufgenommen, so kann es das Lungengewebe in seiner nächsten Umgebung zerstören, und man nimmt an, daß auf diese Weise die Bildung von Lungenkrebs gefördert werden könnte.

Die Abbildung 2 gibt die monatliche Höhe der dem Boden durch die Niederschläge zugeführten Aktivität an. Besonders auffallend ist der hohe Anstieg der Kurve in den Monaten August und September 1957, der in engem Zusammenhang mit einer Serie von Atombombentests steht. In der oben erwähnten Antwort nannte Minister Balke vor dem Bundestag folgende Mittelwerte für die Radioaktivität der Niederschläge: Oktober—Dezember 1956: 2,7; 1957: 7,1; 1958: 5,6; Januar 1959: 6,24; Februar: 9,07. Alle diese Werte liegen bereits erheblich über dem als zulässig angenommenen Maximalwert von 0,1, der im Februar 1959 demnach um das 90fache überschritten war. Es muß aber beachtet werden, daß sich dieser Grenzwert vornehmlich auf die Verwendung als Trinkwasser bezieht. Außerdem gilt er für „nicht identifizierte Gemische“ radioaktiver Substanzen, und es gibt einige strahlensendende Stoffe, die vom biologischen Standpunkt als relativ harmlos angesehen werden. Den gefährlichsten Anteil stellt das Strontium 90 dar, das wegen seiner chemischen Ähnlichkeit mit dem Kalzium in den Knochen abgelagert und wegen seines langsamen Zerfalls allmählich angereichert wird. Es wird aber bisher in den Niederschlägen noch nicht gesondert bestimmt.

Welche Auswirkungen der radioaktiven Niederschläge lassen sich bisher feststellen?

Es ist bereits allgemein bekannt geworden, daß ein deutlicher zeitlicher

Zusammenhang zwischen radioaktivem Niederschlag und ansteigender Radioaktivität von Gras und Milch besteht. Auf längere Zeit gesehen, ist der Strontium-90-Gehalt der Milch von dem Faktor 3 im Jahr 1955 auf 4 im Jahr 1956 und auf 8 im Jahr 1957 gestiegen. Für 1958 gab Minister Balke den Wert 6,3 an. Noch höher als bei der Milch ist der Strontium-90-Gehalt beim Getreide, jedoch stammt nur etwa 7% des Kalzium, das wir in unserer Nahrung aufnehmen aus diesem, dagegen 74% aus Milch und Milchprodukten. Der Strontium-90-Gehalt des Bodens stieg in der Umgebung von Karlsruhe zwischen Mai 1957 und November 1958 stetig von 4,8 auf 19,7 an. Für das Frühjahr 1958 liegen auch erste Werte über den Strontium-90-Gehalt von Knochen vor. Der Bericht selbst kommentiert die wenigen Angaben nicht, doch ist eine Abhängigkeit des Strontium-90-Gehaltes der Knochen von der Ernährungsweise der Tiere ganz augenfällig: Während bei dem sich ausschließlich von Fischen ernährenden Seehund der Wert unter 1 liegt, erreicht er bei den ausgesprochenen Pflanzenfressern Reh und Hase 10. Für den erwachsenen Menschen werden 0,1 bis 0,2 und für Kinder bis zu 10 Jahren 0,4 bis 2,0 genannt. Es fehlen aber Vergleichswerte aus den Jahren, in denen die radioaktive Verseuchung noch gering war. In einer anderen Arbeit (E. H. Graul in „Ärztl. Mitteilungen“ 30/1958) wird angegeben, daß das Verhältnis des Strontium-90-Spiegels bei Kindern (0 bis 4 Jahre) zu dem bei Erwachsenen innerhalb eines Jahres von 6:1 (1955/56) auf 10:1 (1956/57) angestiegen sei. Außerdem wird dort darauf hingewiesen, daß das kindliche Gewebe etwa dreimal strahlenempfindlicher ist als das der Erwachsenen. Die schädigende Wirkung des Strontium 90 besteht in der ständigen Bestrahlung des blutbildenden Knochenmarks, die unter Umständen zu einer nach 5 oder mehr Jahren ausbrechenden Leukämie oder einem nach 20 Jahren oder noch später auftretenden Knochenmarkskrebs führen kann. Zwar liegen die heute bereits in den menschlichen Knochen abgelagerten Strontium-90-Mengen noch erheblich unter den festgelegten Normen, aber auf der anderen Seite sind die Wissenschaftler bis jetzt nicht in der Lage, Auskunft zu geben, welche Strontium-90-Mengen keine oder noch keine Strahlenschädigungen hervorrufen.

Die 1958 vorgenommenen Wasser-

untersuchungen ergaben, daß im Grundwasser und dem ihm entnommenen Trinkwasser infolge der Filterwirkung des Bodens der Grad der zusätzlichen Radioaktivität im Vergleich zum Regenwasser sehr gering (um 2 bis 3 Zehnerpotenzen niedriger) ist. Sie erreicht aber etwa die gleiche Größe wie die vorhandene natürliche Aktivität. Oberflächenwasser von Seen und Flüssen hat eine höhere zusätzliche Aktivität, die oft in deutlicher Korrelation zu dem Auftreten stark radioaktiver Niederschläge steht. Sie kann das Doppelte bis Mehrfache der natürlichen Aktivität betragen.

Am schwierigsten liegen die Verhältnisse dort, wo das Trinkwasser unmittelbar aus gesammelten Niederschlägen entnommen wird, wie das in Norddeutschland gebietsweise der Fall ist.

Ein besonderes, von den Berichten des SAR nicht diskutiertes Problem ist das kurzzeitige Auftreten sehr hoher Radioaktivitätsgrade in den Niederschlägen. Während man z. B. für den August 1957 ein Monatsmittel von 7 errechnete, wurden für einzelne Niederschläge Werte von 339,0 (Frankfurt a. M.) oder 431,0 (Kempton im Allgäu) gemessen. Im März betrug in Frankfurt der Höchstwert sogar 995,0 gegenüber einem Monatsmittel von 13,6 und einer „maximal zulässigen Konzentration“ von 0,1!

Man sieht also, wie trotz umfangreicher Messungen und zahlreicher Einzeluntersuchungen viele Fragen, insbesondere die biologisch-medizinischen, noch kaum in Ansätzen geklärt sind. Der 1. Bericht des SAR schloß mit den warnenden Worten: „Zur Zeit können die Möglichkeiten einer Schädigung nur so beurteilt werden, daß empfohlen werden muß, jede weitere zusätzliche Strahlenbelastung zu vermeiden.“ Leider ist in der Zusammenfassung des 2. Berichts ein derartiger Hinweis nicht mehr enthalten, obwohl im Zeitraum zwischen den beiden Berichten die Zahl der Kernwaffenversuche um etwa 60% zugenommen hatte. Um so deutlicher haben der Erbforscher Professor Hans Marquardt und der Mediziner Professor Gerhard Schubert („Strahlengefährdung des Menschen durch Atomenergie“, Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie, Band 91 - 1959 diese Warnung ausgesprochen: „Wir wissen um die Gefährlichkeit ionisierender Strahlen für das Le-

(Fortsetzung Seite 12)

Der Aufstand in Tokio

Revision des Sicherheitspaktes und Atomrüstung
von Seiei Okafuyu

Die Auseinandersetzung um die Politik der Kishi-Regierung hat in Japan nicht erst heute begonnen, und gerade die Bewegung gegen Atomrüstung ist in sie von Anfang an eingespannt gewesen.

Japan und Westdeutschland haben ja nach 1945 eine sehr ähnliche Entwicklung durchgemacht. Genau wie Deutschland ist das Kaiserreich Nippon aus dem 2. Weltkrieg als ein total besiegter Staat hervorgegangen, es hat ebenfalls einen völligen Neuanfang seiner Politik machen müssen — und es ist ebenso schnell wie die Bundesrepublik in die Bahnen seiner alten Tradition zurückgekehrt.

Am deutlichsten wird diese Entwicklung im Bereich der Militärpolitik. Wie ein Alpdruck hatte bei Kriegsschluß die Erinnerung an den japanischen Überfall auf Pearl Harbour auf den Amerikanern gelastet. Sie forderten daher, daß in die neue japanische Verfassung der Passus aufgenommen würde, daß das Inselreich auf ewige Zeiten auf das Recht der Kriegsführung, ja sogar auf den Besitz jeder Art von Wehrmacht überhaupt ausdrücklich verzichtet. General Mac Arthurs „Re-education“ fand aber sehr schnell ihr Ende, als sich die USA im Zuge der Dullesschen Politik des „Zurückrollens“ des Kommunismus danach umsahen, wie sie den Ring ihrer Militärbasen um die Sowjetunion enger und fester ziehen könnten. Das entmilitarisierte Japan hatte zwar eine amerikanische Besatzung — aber konnte man nicht den Kampfesmut seiner Bevölkerung, vor dem man 1945 noch entsetzliche Angst hatte, in die eigene strategische Planung mit einbeziehen?

Japan wurde also in den westlichen Militärblock mit eingegliedert. Den Rahmen dafür gab der amerikanisch-japanische Sicherheitspakt ab, in dem auch die Bildung einer eigenen Armee vorgesehen war. Sie „Wehrmacht“ zu nennen, wäre verfassungswidrig gewesen — infolgedessen sprach man nur von „Sicherheitsstreitkräften“. Daß aber auch dieses Vorgehen mit der neuen Verfassung nicht in Einklang zu bringen war, mußte sich Ministerpräsident Kishi von einem Gerichtshof in Tokio bescheinigen lassen — aber unbekümmert um jenes Gerichtsurteil, baute er die Wehrmacht weiter auf.

Schon beim Abschluß jenes Paktes hatte es in der Bevölkerung eine gewisse Unzufriedenheit und Unruhe gegeben, aber man war — ähnlich wie in der Bundesrepublik — mehr oder weniger bereit, sich mit dem abzufinden, was einem unvermeidlich schien. In Schwierigkeiten geriet die Regierung Kishi erst in dem Augenblick, als sie ankündigte, der Sicherheitspakt werde revidiert, um die Verteidigung „effektiver gestalten zu können“. Die in der Opposition befindliche Linke protestierte innerhalb und außerhalb des Parlaments dagegen — aber das Land blieb immer noch verhältnismäßig ruhig.

Das änderte sich schlagartig, als sich ergab, daß diese Revision auch die Möglichkeit schaffen sollte, die japanischen „Sicherheitsstreitkräfte“ mit Kernwaffen auszurüsten. Als Kishi dies offiziell zugab, erhob sich ein Sturm der Entrüstung und des Protests in ganz Japan. Selbst von einer

starken Gruppe innerhalb der regierenden liberal-demokratischen Partei wurde dieser Protest getragen; einige ihrer führenden Vertreter sprachen sich scharf gegen Kishis Pläne aus und forderten wie die Opposition den Rücktritt des Regierungschefs. Die Japaner begriffen das Ungeheuerliche, das ihnen hier zugemutet werden sollte: dem Land, das die beiden ersten Atomangriffe erlebt hat, dessen Fischer an den Folgen der Versuchsexplosionen im Pazifik starben — diesem Land wollte man „empfehlen“, seine Truppen mit atomaren Massenvernichtungsmitteln auszurüsten. Selbst in Amerika wurden Stimmen laut, die hier von einem „für die Asien-Politik der Vereinigten Staaten verhängnisvollen politischen und psychologischen Mißgriff“ sprachen.

Der Kampf gegen die Revision des Sicherheitsvertrages war also in erster Linie ein Kampf gegen Atomrüstungspolitik und für den Frieden. Aber nun geschah etwas, was in Deutschland ohne Parallele geblieben ist: das ganze Volk, alle Schichten gingen gemeinsam auf die Straße und gaben ihrem Protest Ausdruck. Die Schatten von Hiroshima und Nagasaki standen zu drohend über ihnen; sie wußten, man darf sich nicht damit beruhigen, daß man „gegen etwas ist“, sondern man muß auch etwas tun, damit es nicht eintritt. Und sie wußten auch, daß man es zusammen tun muß, wenn man Erfolg haben wollte; Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, Kommunisten, Studenten, Hausfrauen, Angehörige der Intelligenz — sie alle kämpften tapfer nebeneinander, sie alle liebten es nicht zu, daß man ihre Front dadurch schwächte, daß man den einen gegen den anderen ausspielte.

Premierminister Kishi sagte im Sommer vorigen Jahres einmal, die Frage der Revision dieses Vertrages wäre die „Lebensfrage der Nation“. Die Japaner haben gezeigt, daß sie in dieser Lebensfrage nicht „die da oben“ entscheiden lassen wollten; sie haben selber in die Speichen des Rades gegriffen, das den Prozeß der Remilitarisierung immer weiter vorantreiben wollte.

Vielleicht können die Deutschen von den Japanern das eine lernen: die Gegner der Atomrüstungspolitik sind keineswegs in einer hoffnungslosen Lage; sie können unendlich viel erreichen, wenn sie zusammenstehen und ihren Protest laut werden lassen!



(Fortsetzung von Seite 11)

bändige, aber wir übersehen noch immer nicht den vollen Umfang dessen, was niedrigste und höhere Dosen der verschiedenen Strahlenarten an den Zellen des Menschen, seinen Zellgeweben und seinen Organen anrichten... Der Wissenschaftler kann als Grundlage für sein Urteil immer nur experimentell genügend gesicherte Tatsachen verwenden; die Geschichte der Strahlenbiologie lehrt aber, daß jedes Urteil über Strahlenschäden, das allein auf gesicherten Ergebnissen basiert, stets zu mild lautete gegenüber der Wirklichkeit, wie sie durch später gewonnene Einsichten gegeben war! Es ist also überaus kurzichtig, sich bei der auf manchen Gebieten inzwischen beobachteten Abnahme des Radioaktivitätsgrades zu beruhigen.

Warner und Helfer

Der „VORWÄRTS“ ehrt Dr. Schmidt-Vörden

Es gibt Zahlen, die aus dem Jahre 1902 stammen und denen man deshalb nicht nachsagen kann, sie seien „politisch“, will heißen, von irgend einem der jetzigen politischen Gegner zurechtgebastelt. Die Zahlen besagen, daß sich pro Monat auf Schweizer Boden elf Tonnen feinsten Saharastaubs je Quadratkilometer ablagern. In Dänemark beträgt die Quote pro Quadratkilometer und Monat immer noch eine Tonne. In der Bundesrepublik liegt sie zwischen drei und acht Tonnen. Die Zahlen, die das Geobotanische Institut in Zürich errechnete, lassen ermaßen, daß nicht nur die afrikanischen Völker sich Sorgen um die französische Atomexplosion in der Sahara hätten machen sollten, sondern auch die deutschen Volksstämme.

Einer der Deutschen, die sich nicht erst seit den Sahara-Explosionen Sorgen machen, ist der in Vörden im Be-

zirz Osnabrück praktizierende Landarzt Dr. Siegmund Schmidt. Seit 1954 steckt er viel Geld und noch mehr Zeit in seine Protestaktion gegen die Vorbereitung eines Massenmords und gegen die Gleichgültigkeit der Menschheit gegenüber den Versuchsexplosionen. Sein Briefwechsel mit den Großen der Welt füllt eine stattliche Anzahl von Leitordnern. Briefe an Chruschtschow und Eisenhower sind darunter, an Nasser und an den Gerichtshof zu Haag, an die Europabehörde in Straßburg und die UNO in New York.

Dr. Schmidt bekämpft die Gleichgültigkeit und verbrecherische Sorglosigkeit der verantwortlichen Politiker, die an wissenschaftlichen Erkenntnissen einfach vorbeigehen. Er erinnert dabei an das Schicksal Galileis, den Entdecker der Erdumdrehung, den man einsperrte, statt durch das Fern-

glas zu schauen und sich von der Richtigkeit seiner Erkenntnisse zu überzeugen. Ähnlich ergehe es den Wissenschaftlern, die die Strahlenschäden erforschen, und denen man einfach nicht glauben wolle.

Der niedersächsische Landarzt beruft sich auf die Forschungen berühmter Kollegen und auf eigene Experimente. In einer umfangreichen Schrift hat er den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ersucht, „sofort und für immer und auch in allen Höhen die Atombombenversuche wegen der Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte“ zu verbieten. Er konnte dabei auf das Verbot der dänischen Regierung hinweisen, die den Trinkwassergenuß auf Sandholm wegen der radioaktiven Verseuchung verbot, sowie auf die Forschungen des Nobelpreisträgers Pauling (USA), nach dessen Berechnungen allein durch das radioaktive Spaltprodukt Caesium 137 rund 140 000 Kinder schwerstens geschädigt worden sind. Sie werden ihr Leben im Irrenhaus beenden müssen. Nicht genug damit: Der radioaktive Kohlenstoff C 14 hat nach diesen Berechnungen rund 1,25 Millionen Kinder zum Siechtum verurteilt, eine Million Menschen zum Tod durch Krebs. Strontium 90 verurteilt rund 140 000 Menschen zum Tod durch Leukämie, so daß die bisherigen Atomversuche den Tod von rund 2,5 Millionen Menschen verursacht haben oder noch verursachen werden.

Diese Zahlen sind so immens, daß sie sich der Vorstellungskraft des einzelnen offenbar entziehen. Der streitlustige Dr. Schmidt aus Vörden hat inzwischen eingesehen, daß die Großen der Welt nicht geneigt scheinen, humane Gesichtspunkte bei ihrer Halb-Starkenpolitik zu berücksichtigen. Er will deshalb den langen Weg der Instanzen gehen. Der Internationale Haager Gerichtshof erklärte sich für unzuständig, da er nur Streitfälle zwischen Nationen zu schlichten habe. Bonns Regierung wollte seinen Protest ebenfalls nicht vertreten. Nachdem nun Anfang dieses Jahres Karlsruhe seine Verfassungsbeschwerde verworfen hatte, ist der Weg für ihn zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg freigeworden, der erst nach einer Entscheidung vor dem höchsten nationalen Gericht eingreifen kann.

Die Europäische Behörde wird wohl nur eine halbgeare Entscheidung treffen. Denn die Macht liegt weder im Haag, noch in Straßburg, sondern in Washington und Moskau. Daß die Verhandlungen zwischen den Großmächten einen günstigen Ausgang nehmen, scheint die einzige Hoffnung der Menschheit zu sein. Sollte es zu einer Einigung kommen, werden sich Ike und Nikita als Friedenshelden feiern lassen. Der Landarzt Dr. Schmidt wird in den Historienwerken kaum erwähnt werden. Damit teilt er allerdings das Schicksal von Millionen, deren Zusammenwirken in aller Welt den Fortschritt der Menschheit jedoch nur ermöglicht hat: In langer Forschungsarbeit hat Schmidt alle Möglichkeiten zur Behandlung von Strahlungsschäden zusammengetragen und eigene Vorschläge entwickelt. In Fachschriften hat er sie seinen Kollegen zugänglich gemacht. Er hofft, daß sie nie Gebrauch davon zu machen brauchen.

Carl Munich

Eine notwendige Klarstellung

PETER MEIER
cand. theol.

Münster (Westf.), den 4. 3. 1960
Wolbecker Str. 170

An den
Pressereferenten
des Herrn Bundesministers
für Verteidigung
Herrn Oberst S c h m ü c k l e
BONN

Sehr geehrter Herr Schmückle!

Mit Erstaunen habe ich aus der Presse entnommen, daß Sie in einer Rundfunkrede erklärt haben, sie sähen sich zu der „demütigenden Schlußfolgerung“ gezwungen, daß die Atomgegner den Gewissensbiß nur zu verspüren scheinen, wenn es um die Ausrüstung der Bundeswehr, nicht aber um die Bewaffnung deutscher Kommunisten geht, da es im Westen gegen die von Walter Ulbricht geforderte Ausrüstung der Nationalen Volksarmee mit sowjetischen Atomwaffen keinen „hellen Schrei der Entrüstung gegeben habe“ (so laut UPI). Ich entnehme daraus, daß Sie bisher keine Gelegenheit hatten, sich über die Reaktion der Atomrüstungs-Gegner in der Bundesrepublik auf die Ankündigung Walter Ulbrichts zu informieren. Ich darf mir daher erlauben, Ihnen zu Ihrer Unterrichtung ein Exemplar der Januar/Februar-Ausgabe des „KONGRESSDIENST“ zu übersenden, dessen Redaktion ich im Auftrage des Büros des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ übernommen habe, in der Sie auf Seite 15 einen redaktionellen Artikel zu diesem Thema finden. In der nächsten Nummer, die noch im Druck ist, wird ein Artikel von Professor Dr. Walter Hagemann erscheinen, der sich ebenfalls mit jenen Plänen der DDR beschäftigt; ich werde mir erlauben, Ihnen auch davon nach Fertigstellung ein Exemplar zuzusenden. Ich fürchte allerdings, daß die Redaktion der westdeutschen Atomrüstungsgegner nicht ganz Ihren Wünschen entsprechen wird. Es erschien Ihnen nämlich richtiger, praktische Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, durch die das Menetekel eines mit Atomwaffen geführten deutschen Bruderkrieges vielleicht doch noch abgewandt werden kann, als jene Ankündigung Walter Ulbrichts, lediglich als willkommenen Ansatzpunkt für Kalte-Kriegs-Propaganda zu benutzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Peter Meier, cand. theol.

Auch Schmückle müßte wissen, daß er sich da auf dem Gebiet der Demagogie recht weit vorgewagt hat, denn zu allen Zeiten haben sich die Atomgegner jeder atomaren Aufrüstung widersetzt.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob aus militärischen und politischen Gründen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen richtig ist oder nicht.

Wenn es jetzt zu einer Atomausrüstung der sowjetzonalen Armee kommen sollte, dann haben jedenfalls die Kritiker recht behalten, die dieses Ergebnis als Folge der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr voraussagten. Die Militärexperten dagegen hatten behauptet, die Sowjetunion würde niemals einer gleichen Bewaffnung der „Volksarmee“ zustimmen.

Jetzt den Atomwaffengegnern gewissermaßen eine Begünstigung der Sowjetzonenregierung vorzuwerfen, das ist ein starkes Stück, denn schließlich gehören zu ihnen die angesehensten und ehrenwertesten Männer und Frauen in der westlichen Welt.

(Westfälische Rundschau, 4. März 1960)

England nach dem Gipfel

von Gordon Schaffer, London

Der Fehlschlag der Gipfelkonferenz war eine ernste Enttäuschung und ein schwerer Schock für Millionen von Engländern, die von diesem so lange hinausgezögerten Treffen der Staatsoberhäupter echte und weitreichende Entscheidungen erwartet hatten, die zur weltweiten internationalen Entspannung führen sollten. Nach dem ersten Schock beschuldigten viele zunächst Chruschtschow, er habe wegen seiner Weigerung, mit Eisenhower zu sprechen, das Fiasko von Paris zu verantworten. Die Zeitungen, die Rundfunk- und Fernsehkommentatoren sowie Sprecher der Regierung und der Labour-Partei ergriffen die Gelegenheit, um den Kalten Krieg zu intensivieren und eine engere Zusammenarbeit mit den USA und mehr Waffen zu fordern. Die Aktien der Rüstungsindustrie stiegen sofort in der Erwartung größerer Aufträge.

Aber innerhalb von wenigen Tagen wechselte die Stimmung. Bezeichnenderweise ging das darauf zurück, daß die Amerikaner am Vorabend der Gipfelkonferenz eine weltweite Alarmübung mit Atombomberübungen auch über England anordneten, ohne ihre Verbündeten auch nur zu fragen. Später zeigte sich, daß Präsident Eisenhower von diesen Übungen wußte; obwohl er laufend in Verbindung mit dem britischen Premierminister gestanden hatte, erwähnte er sie nicht einmal. „Er täuschte Mr. Macmillan genauso wie Mr. Chruschtschow“ — das war allgemein der Kommentar. Dann kam ein anderes Ereignis.

Das Pentagon benutzte ausgerechnet diesen Augenblick, um eine ausgewählte Anzahl von britischen Journalisten davon zu „unterrichten“, daß man dort von der Voraussetzung ausgehe, den Atomkrieg gewinnen zu können. Der Korrespondent des „Daily Express“, der ausdrücklich erwähnt hatte, daß die Männer, die diese Pläne ausgearbeitet haben, normale menschliche Wesen sind, die abends nach Hause gehen, ihre Frauen küssen und mit den Kindern spielen, berichtete feierlich, daß die Landkarten des Pentagons mit der Totalvernichtung von Großbritannien rechneten.

Das kam alles zusammen. „In Washington laufen Verrückte Amok, und der Präsident scheint nur ein Spielball in ihren Händen zu sein; Chruschtschow mußte sich so verhalten!“ — das war die zweite Reaktion.

Wie weit war das die allgemeine Haltung? Ich kann es nur abschätzen, aber ich würde meinen, daß von den Hunderttausend, die den Aldermaston-Marsch mitmachten und die verantwortlich waren für den Umschwung in der Labour-Bewegung — weg von der Politik des Kalten Krieges — fast alle so dachten. In anderen Worten heißt das, daß die große Bewegung, die eine Beendigung der atomaren Bewaffnung und eine großzügige Friedenspolitik von Großbritannien fordert, durch die gescheiterte Gipfelkonferenz nicht schwächer geworden ist. Vielleicht kann man sogar sagen, daß sie stärker geworden ist, weil man jetzt schärfer als vorher sieht, wie

verhängnisvoll und gefährlich es ist, das Schicksal unseres Landes amerikanischen Generälen und den Ex-Nazi-Generälen, die die NATO führen, anzuvertrauen.

Dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung erscheint jedoch nicht in der Presse. Ein Beobachter, der sich nur auf die Berichterstattung der Zeitung verläßt, wird ihn kaum bemerken. Aber genau so war es ja auch, als der Aldermaston-Marsch die wohlgefällige Zufriedenheit derjenigen zerstörte, die sich dem Gedanken hingaben, daß durch das „Kalte-Kriegs-Bündnis“ zwischen der konservativen Regierung und dem rechten Flügel der Labour-Partei diese Richtung von dem ganzen Volk bejaht würde.

Die Labour-Abgeordneten diskutierten die Situation. In der Presse sah das so aus, als hätten Mr. Gaitskell, der Vorsitzende der Labour-Partei, und sein rechter Flügel einen haushohen Sieg errungen. Tatsache war, daß keine Abstimmung stattfand, und bei der nächsten Sitzung beschwerte man sich heftig über diese falsche Berichterstattung. Es ist bekannt, daß sogar einer von den Labour-Abgeordneten des rechten Flügels sehr betont die Meinung vertrat, daß die Amerikaner durch ihren vorsätzlichen Bruch des Völkerrechts und durch ihre Weigerung, sich dafür zu entschuldigen, die Verantwortung dafür trügen, daß die Gipfelkonferenz nicht zustandekommen konnte.

Um die Politik Gaitskells zu stützen, hat man wieder darauf hingewiesen, daß die Atombombe auch von zwei Gewerkschaften (General and Municipal Workers Union and Union for Clerical and Supervisory Grades on the Railways) bejaht wird. Nun standen aber diese beiden Gewerkschaften schon immer weit rechts, und ihre Führer haben jede Auflehnung dagegen unterdrückt. Andererseits haben die Gewerkschaften der Feuerwehrlleute, der Stahlarbeiter, der Elektriker und der Chemiearbeiter bereits nach den Ereignissen in Paris die Atomrüstungspolitik erneut verworfen. Außerdem sieht es so aus, als würden die Bergarbeiter für die Abschaffung der Bombe stimmen; und diese Stimme kann sowohl auf dem Kongreß der Gewerkschaften im September als auch auf der Konferenz der Labour-Partei in Oktober der ausschlaggebende Faktor sein.

Eine andere bedeutsame Entwicklung zeigt sich darin, daß erneut die Forderung erhoben wird, die US-Basen in Großbritannien aufzulösen. Der Grund

liegt darin, daß das Spionageflugzeug u. die Kriegsübung gezeigt haben, daß England in Folge eines Befehls von Washington oder sogar von irgendeinem USA-Befehlshaber in irgendeinem Teil der Welt zerstört werden könnte.

Die amerikanischen Kolonisten gewannen im 18. Jahrhundert ihre Freiheit von England unter dem Motto: „Keine Steuern ohne Stimmrecht!“ Heute verlangt das britische Volk seine Freiheit von Amerika unter dem Motto: „Keine Vernichtung ohne Stimmrecht!“

In dieser Situation tritt Mr. Gaitskell mit seiner Forderung auf, die Bombe zu behalten, wegen der Gefahr, daß „die Sowjets angreifen“. Es ist offensichtlich, daß keiner dies ernstlich glaubt. Weder Premierminister Macmillan noch irgendein anderer Konservativer spricht davon. Mr. Gaitskell begründete seine Forderung, die Bombe zu behalten, zunächst mit dem Argument, wir müßten „mit ihrer Hilfe unsere Unabhängigkeit von Amerika wahren.“ Inzwischen begründet er sie ganz offen so, daß er sich die amerikanischen Argumente zu eigen macht.

Eines ist sicher: Wenn der rechte Flügel der Labour-Partei bei dieser Gaitskell-Linie bleibt, so wird er geschlagen, und eine Spaltung der Partei wird kaum zu vermeiden sein. Allen Anzeichen nach geht die Entwicklung dahin, daß vor den Herbstkonferenzen eine Entschließung durchgebracht wird, die nicht so weit geht, wie es die Gegner der Atomrüstungspolitik gerne gesehen hätten; aber sie wird die Labour-Partei in die Lage setzen, sehr viel entschiedener Forderungen in Bezug auf Abrüstung und andere Maßnahmen zur Entspannung in Europa und anderen Konfliktgebieten durchzusetzen. Dies ist das erste Zeichen dafür, daß das Bündnis des Kalten Krieges zwischen den beiden Parteien zerbricht, und das kann wichtige Folgen für die ganze Situation haben. In England wird mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Sowjetunion trotz aller Schwierigkeiten fest auf ihrer Politik beharrt, zu einem Übereinkommen über Abrüstung und Ko-Existenz zu kommen, und daß weite Teile der amerikanischen Bevölkerung alarmiert sind und zu sehen beginnen, wohin das Pentagon sie bringen kann.

Der Kampf für den Frieden geht weiter. Paris war ein Rückschlag, aber nicht eine Niederlage. Die Kräfte, die der Welt in Aldermaston ein Beispiel gaben, arbeiten weiter.

Letzte Meldung:

Eine völlige Neuorientierung der britischen Verteidigungspolitik fordert in einer gestern veröffentlichten Erklärung die Labour Party. Damit schlägt zum ersten Mal seit 1947, als mit der Entwicklung einer britischen Atombombe begonnen wurde, eine der großen politischen Parteien vor, daß die gesamten Verteidigungsanstrengungen auf konventionelle Waffen konzentriert werden. Die westliche Abschreckungs-Strategie soll in Zukunft lediglich den Amerikanern überlassen werden; das gleiche gilt für die Ausrüstung europäischer Truppen mit taktischen Atomwaffen.

(The Guardian, 23. Juni 1960)

Material-Hinweise

Folgende Zeitschriften und Mitteilungsblätter von Jugendgruppen gegen Atomrüstung, die sicher über den örtlichen Bereich hinaus von Interesse sind, sind uns zugegangen:

TEENS UND TWENS, Mitteilungen der „Jungen aktion gegen den Atomtod“, Hamburg
erhältlich: Hermann Prior, Hamburg 19, Methfesselstraße 94

JUNGE AKTION, Information junger Atomwaffengegner an der Saar,
erhältlich: Erwin Blasius, St. Ingbert (Saar), Alte Schmelze 60

MITTEILUNGEN des Aktionsausschusses der Jugend gegen den Atomtod, Wuppertal
erhältlich: Kurt Schnöring, Wuppertal-Barmen, Eintrachtstraße 158

Wir möchten auf diese Publikationen empfehlend hinweisen. Bitte, schicken Sie uns auch Ihr Mitteilungsblatt, damit wir auch darauf unsere Leser aufmerksam machen können!

Im Metta Kinau Verlag, Lüneburg, ist die Schrift „Schach dem Atomtod!“ von Willi Seegebarth erschienen (Umfang: 23 Seiten; Preis: DM 1,—, bei Mengenbezug beträchtlicher Rabatt). Interessenten wollen sich direkt an den Verlag wenden.

Der Jesuitenpater Prof. Dr. Dr. Gundlach hat inner- und außerhalb der katholischen Kirche durch seine Rede auf der Würzburger Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 22. Februar 1959 erregt, in der er den atomaren Krieg „zur Verteidigung höherer Werte“ bejahte. Dr. Nikolaus Koch hat ihm darauf in einer kleinen Schrift „Pervertierte Theologie. Gegen Gundlachs Irrlehre vom Krieg“ geantwortet, die im Haus Bommern e.V., Witten (Ruh.), erschienen (Preis: DM —,30) und für unsere röm.-kath. Leser sicher von großem Interesse ist.

Besondere Beachtung verdient die Schriftenreihe „Das Argument“, die in Westberlin von Wolfgang F. Haug herausgegeben wird (nicht zu verwechseln mit dem „argument“ des Studentenausschusses gegen Atomrüstung an der Universität Münster). Der Themenkreis dieser Schriftenreihe umfaßt auch Fragen, die nicht eng zum Problem der atomaren Aufrüstung gehören, mit ihm jedoch in Zusammenhang stehen.

„Das Argument“ ist zu beziehen bei Wolfgang W. Haug, Berlin W 35, Postfach 67.

Rolf Schroers, Meckenheim bei Bonn, gibt die Zeitschrift **ATOMZEITALTER** heraus, die verschiedenen Organisationen nahesteht, die gegen Atomrüstung kämpfen. Interessenten wollen sich mit Herrn Schroers direkt in Verbindung setzen.

Die Zeitschrift **WOCHEBERICHT** der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ hat ihren Titel in **INFORMATIONEN** geändert. Sie ist bei der Geschäftsstelle der Aktionsgemeinschaft in Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 89 I, zu bestellen.

Bei der gleichen Anschrift ist auch ein zweiseitiges Flugblatt „Die Gipfelkonferenz hat nicht stattgefunden“ erhältlich, das zum Preise von DM 4,— je 1000 Stück abgegeben wird.

Gegen Atomwaffen in Ost und West

Briefwechsel mit dem Münchener „Komitee gegen Atomrüstung“

KOMITEE GEGEN ATOMRÜSTUNG E. V.
München 23 — Ohmstraße 13

9. März 1960
Bu/bu

An den
Ständigen Kongreß aller Gegner
der atomaren Aufrüstung in der
Bundesrepublik

Hamburg 19
Eichenstraße 46

Sehr geehrte Herren!

Wie Sie bereits erfahren haben werden, hat die **EUROPAISCHE FODERATION GEGEN ATOMRÜSTUNG** ein Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow gerichtet, in dem sie ihn dringend ersucht, seine Erlaubnis zur Aufrüstung der Streitkräfte der DDR mit atomaren Waffen zu verweigern. Wir hielten ein solches Ersuchen für die einzig realistische Aktion, die angesichts der Drohungen im jüngsten Schreiben des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht überhaupt möglich ist.

Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums hat es für gut befunden, diese unsere Aktion zu ignorieren und den Atomwaffengegnern der Bundesrepublik einen einseitigen Kampf gegen die Bewaffnung der westlichen Streitkräfte mit atomaren Vernichtungsmitteln vorzuwerfen. Was von dieser Verlautbarung zu halten ist, hat Herr Dr. Walter Menzel bereits eindeutig festgestellt.

Wir legen Ihnen jedoch nahe, ebenfalls einen in der Öffentlichkeit bemerkbaren Protest gegen die Aufrüstung von Streitkräften der DDR mit derartigen Waffen einzulegen. Gegnerschaft gegen atomare Bewaffnung sollte über taktische Gesichtspunkte jeder Art erhaben sein und vor allem nicht dem Verdacht Raum geben, daß sie der einen oder anderen Seite zu politischen Zwecken dient.

Hochachtungsvoll gez. Siegfried Bußjäger

STÄNDIGER KONGRESS
Karlludwig Opitz

3. Mai 1960

An das
Komitee gegen Atomrüstung
München 23
Ohmstraße 13

Sehr geehrte Herren!

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 9. 3. 1960 und bitten Sie um Nachsicht, daß verschiedene Reisen und Termine unsere Antwort so verzögert haben. Auf Ihre Anregung hin haben wir den Brief Walter Ulbrichts an Konrad Adenauer gelesen. U. a. schrieb Herr Ulbricht:

„... Wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nicht in kurzer Frist die Atomrüstung einstellt und den Rüstungsstop durchführt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen, und ihre Verbündeten ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen. Sie treiben uns durch die Atomkriegsrüstung und Revanchepolitik direkt in eine Lage, Schutzmaßnahmen treffen zu müssen.“

Wir bedauern es außerordentlich, daß Herr Walter Ulbricht auf Grund der Atomrüstung der Bundesrepublik überhaupt Abwehrmaßnahmen in Betracht ziehen kann und darf. Damit ist leider die erschreckende Realität, auf die wir so oft warnend hingewiesen haben, noch näher gerückt. Es ist auch unsere Überzeugung, daß es ein nationales Unglück von ungeahntem Ausmaß ist, wenn jetzt beide Teile Deutschlands atomar aufrüsten würden. Dieses zu verhindern betrachten wir als dringlichste politische Notwendigkeit.

Deshalb begrüßen wir Ihre Anregung zu einem entsprechenden Protest gegen die Aufrüstung deutscher Streitkräfte mit atomaren Waffen. Wir haben in gleichlautenden Briefen an Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Eisenhower unsere große Besorgnis über diese neueste, unglücklich bedauerliche politische Entwicklung zum Ausdruck gebracht und hoffen sehr, daß die kommende Konferenz in Paris wenigstens diese Gefahr von Deutschland abwenden wird.

Mit der Versicherung unserer Hochachtung
verbleiben wir mit besten Grüßen

Ihr
Karlludwig Opitz

Anlage: 2 Durchschläge

(Fortsetzung Seite 16)

3. Mai 1960

Herrn
Ministerpräsident Nikita Chruschtschow
MOSKAU
Kreml

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow!

Seit Jahren bemüht sich ein großer Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland um die Erhaltung und Festigung des Friedens, um die Freundschaft mit seinen Nachbarn und um eine Politik der Verständigung zwischen den Völkern. Viele Deutsche — Arbeiter, Wissenschaftler, Hausfrauen, Theologen, Künstler, Pädagogen — wissen, daß ein nochmaliger Krieg ein unvorstellbarer Weltenbrand sein wird. Vor allem das leidvolle Erleben der beiden von Deutschland vorbereiteten und durchgeführten Kriege trägt mit seinen bitteren Erfahrungen dazu bei, daß die Menschen aller Länder besonders auf die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik mit Besorgnis und Bestürzung reagieren.

Die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland auf Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen mußten dazu führen, daß der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr ebenfalls Atomwaffen für den Fall gefordert hat, wenn die Bundesrepublik fortfährt, atomar aufzurüsten.

Zweifelloos entsteht dadurch nicht nur eine Gefährdung des Lebens aller Deutschen und der Existenz der deutschen Nation, sondern alle Menschen auf unserer Welt können durch den Beginn eines innerdeutschen Atomkrieges in den Abgrund gerissen werden.

Wir appellieren an die beiden Vertreter der beiden mächtigsten Völker der Welt, auf der kommenden Gipfelkonferenz ein Abkommen zu treffen, um zu verhindern, daß beide Teile Deutschlands atomar aufgerüstet werden.

Weder das sowjetische noch das amerikanische Volk können es vor der Geschichte und vor ihren Gefallenen des vergangenen Krieges verantworten, jetzt deutsche Streitkräfte mit Atomwaffen auszurüsten, die unverbesserlichen Militaristen die Möglichkeit und Gelegenheit geben, nunmehr außer der eigenen Nation die ganze Welt zu vernichten.

Geben Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, auf der kommenden Konferenz in Paris der Welt den ersehnten Frieden, der immer in Gefahr sein wird, wenn in Deutschland atomare Waffen stationiert sind.

Unsere innigsten Wünsche werden Sie zu dieser Konferenz begleiten, die von Erfolg gekrönt sein möge.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung
verbleiben wir
Ihr

Karlludwig Opitz

N. S.: Gleichlautend an Präsident Dwight D. Eisenhower.

Ein Mann namens Heinzelmann

Feldzug eines Verlegers gegen den Krieg — von Rolf Seeliger

Wenn wir in den Heften der kultur- und literaturkritischen Zeitschrift „Radikaler Geist“ blättern, die Anfang der dreißiger Jahre als „Zeitschrift gegen die Zeit“ einiges Aufsehen erregte, entdecken wir Beiträge von und über Jakob Haringer, den Lyriker und genialsten Vagabunden des Expressionismus, der 1948 nach bitteren Jahren der Emigration in der Schweiz gestorben ist — wir entdecken Beiträge von und über Erich Mühsam, den Dichter einer sozialistischen Humanität, der von den Nazis im Konzentrationslager zu Tode gequält wurde — oder wir entdecken Beiträge von und über Heinz Elm-Mann, der sich in einem der Hefte autobiographisch porträtiert hat: „Im dreibrezeljar 1888 wurde ich als son des königlich-preußischen eisenbanarbeiters Paul Heinzelmann im osten berlins ser hoch und wol geboren — nämlich im 5. stock — stockduster wars. Beim ersten geversuch flog ich in den dreck. Dabei lernte ich die straße kennen. In der schule lernte ich — nichts. Hinterher — mer. Ich strolchte durch das dichter-denker-richter-henkerland und angrenzende Dörfer. Später zog ich in den frisch-

frölichen krig. Dort wurde ich krigs-später hochverräter . . .“

Wer ist dieser Heinz Elm-Mann (alias Paul Heinzelmann) und was ist aus ihm geworden? Zunächst einmal läßt sich feststellen, daß er wie Jakob Haringer und Erich Mühsam mutig gegen den Zeitstrom schwamm. Er kannte die beiden Autoren und hat ihre ersten Gedichte als Verleger auf einer Handpresse in einem feuchten Keller Berlins gedruckt. Wenn wir Heinzelmanns Lebenslauf betrachten, erkennen wir einen Träumer, den der Zorn über die Gesinnungslosigkeit seiner Zeitgenossen gepackt, und einen Dichter, der sich in einen Revolutionär verwandelt hat: Im ersten Weltkrieg stand er vor dem Kriegsgericht, weil er es gewagt hatte, bei den Stellungskämpfen vor Reims sozialistische Flugblätter gegen den Meuchelmord zu verteilen. Kriegsende und Revolution retteten ihn. Als Soldatenrat sprang er auf Tribünen und befeuerte die müdgewordenen Geister. Später organisierte er die Jungarbeitschaft, gründete die „Sozialistische Jugendbibliothek“ und eröffnete am Schloßplatz in Berlin die erste Arbeiter-

jugendbuchhandlung, deren pazifistisch angefüllte Bücherschränke im Jahr des „Heils“ 1933 von grölenden SA-Raubauken gestürmt, beraubt und kurz und klein geschlagen wurden. Paul Heinzelmann, als Hochverräter verfolgt, konnte im letzten Augenblick untertauchen und verschwinden.

Zum Glück ist er nicht in einem arm-seligen Emigrationswinkel wie Jakob Haringer oder in einem KZ-Massen-grab wie Erich Mühsam für ewig verschwunden, sondern hat sich als Maschinenarbeiter, Stubenmaler, Hilfs-schlosser, Steinklopfer, Wanderredner, Widerstandsgeist und Untergrunddichter durchs Tausendjährige Reich geschlagen. Heute, da die restaurative Entwicklung an allen Ecken und Enden von neuem aufricht, treibt es ihn mit siebzig Jahren, die er eben vollendet hat, wie in seiner Jugend gegen spießbürgerliche Bequemlichkeit, gegen Kriegsgeschrei und verbrecherische Machenschaften hinter den Kulissen der Politik zu wettern. Aber er wettet nicht nur, er tut etwas: Wenn er damals in den zwanziger Jahren für seinen Werkat-Verlag junge Autoren (von denen manche wie die Arbeiterdichter Max Barthel und Kurt Huhn bekannt geworden sind) auf der eigenen „Quetsche“ gedruckt hat, dann bringt er heute in seinem Steinklopfer-Verlag kleine Bändchen mit zeitkritischem Akzent von bekannten und unbekanntenen Autoren heraus:

Zum Beispiel die aufrüttelnde Anthologie „Hiroshima-Lyrik“, eigene Antikriegsverse unter dem Titel „Das Leichenfeld“, Atombombengedichte von Wilm Schmidt, Wolfgang Baranowskys Aufsätze zur Jugendsituation oder den aggressiven Holzschnittzyklus des begabten Graphikers Hermann Landefeld — „Gegen den 3. Weltkrieg“.

In Paul Heinzelmanns Wohnung in Fürstenfeldbruck (Oberbayern) steht die altertümliche Druckpresse mit Setzkasten, alles höchst bescheiden und von jenem Wirtschaftswunder merklich gemieden, das mit Sensationen und geistvernebelnder Literaturakrobatik Geschäfte macht, aber von Worten einer „selbstverständlichen“ Humanität und Feldzügen gegen Krieg und Verbrechen nichts wissen möchte! Heinzelmann steht mit leeren Händen da. Nicht nur, daß er nichts verdient — er zahlt für einen Idealismus, der mit Verdächtigungen quittiert wird. „Wir sind schon wieder soweit“, sagt er und hebt seine Stimme, „daß jeder als ‚Bolschewik‘ verdächtigt wird, der weder einer Partei, noch einer Kirche oder Sekte angehört, weder nach Westen noch Osten schießt, ja nicht einmal ‚belastet‘, noch ein ‚Fall‘ für Psychoanalytiker oder gar Psychiater ist, sondern ganz einfach ein einfacher Mensch. Denn Menschsein ist heute gefährlich!“

So erscheint es nicht weiter verwunderlich, daß der gefährliche Mensch Heinzelmann vor allem Autoren, die gefährliche Literatur schreiben, in seinem Miniaturverlag zu Wort kommen läßt, wobei seit einiger Zeit zur „Steinklopfer-Reihe der Außenseiter“ die sogenannte KOMMA-REIHE getreten ist, die von Rolf Seeliger und Herbert Spiecker herausgegeben wird.

„Die Brücke“ — „Das letzte Ufer“

Die Hornhaut um die Seele des Wirtschaftswundermenschen ist schon wieder recht dick geworden.

Zwei Filme sind jetzt in den bundesdeutschen Lichtspielhäusern angelaufen, die beide ähnliche Intentionen haben: sie wollen die Menschen aus ihrem gleichgültigen Trott herausreißen, wollen sie wachrütteln. Beide Filme behandeln das Thema KRIEG.

Bernhard Wickis Spielfilm „Die Brücke“ bringt eine Episode, von der es heißt: „Dieses geschah am 27. April 1945. Es war so unbedeutend, daß es im Heeresbericht nicht erwähnt wurde“. Es ist die Geschichte des sinnlosen Sterbens einer Gruppe halbwüchsiger Jungen, die noch kurz vor Toresschluß als „Soldaten“ zur „Vaterlandsverteidigung“ herangezogen werden.

Die Zeichnung der Menschen zeigt von guter und nüchterner Beobachtung: Die Sorgen der Frauen und Mütter — daneben die Gutsbesitzersgattin aus altem preußischen Junker- und Soldatenadel, die ihren Sohn unterstützt bei der Meldung als Freiwilliger. Dann das Alltagsleben der Kinder, überschattet vom Krieg, der schon in den Alltag als „Mitspieler“ einbezogen ist. Nun führt Wicki weiter: Der „Kriegsschauplatz“ — ein Haufen Jungens kämpft mit Handgranaten und Maschinengewehren gegen anrollende amerikanische Panzer. Es beginnt ein aufregendes, kitzliges Geländespiel, das sicherlich jedes Jungenherz höher schlagen läßt; jeder Erwachsene denkt unwillkürlich an die spannenden Indianerspiele seiner Jugendzeit.

Und hier liegt die Gefahr des Films: daß am Ende das ganze umschlägt in „nur Spiel“, in ein Abenteuer voll Mut und Heldenhaftigkeit. Es interessiert dann nicht mehr die un menschliche Widersinnigkeit des Krieges, sondern der Ablauf der „Story“. Der durchschnittliche Kinobesucher ist

durch Leinwandtote — gleich welcher Art — nicht mehr zu erschüttern.

So geht durch die breite Darstellung unsinniger Kriegsheldentaten viel von der guten und positiven Ausgangsbasis verloren.

Der Titel des anderen Films verrät uns, wo wir uns befinden: „AM LETZTEN UFER“. Das Positive dieses Films ist sein Thema: „Die Ausrottung der Menschheit durch einen Atomkrieg ist unwiderruflich geschehen“. Der Atomtod hat die nördliche Hemisphäre heimgesucht. Für ein Atom-U-Boot bleibt zur Landung nur noch als letztes Ufer das bisher nicht verseuchte Australien.

Von diesem Moment an verfolgen wir die „menschlichen Schicksale“, bis auch in Australien die Menschen von der radioaktiven Luft vernichtet sein werden. Die Zeit — um sie geht es. Wie werden die Menschen sich in ihr und zu ihr verhalten?

Hier versagt der Film vollkommen. Er wird zur Hollywood-Schablone: Atomforscher macht noch ein Autorennen und stirbt durch Selbstvergasung, Lottermädchen lernt echte Liebe kennen, schließlich werden Todespillen verteilt. Das U-Boot läuft irgendwohin aus ... Das ganze eingebaut in einen „Thriller“, dessen Nervenkitzel kaum über die gewöhnliche Schablone hinausgeht.

Genug dieser Gruselmärchen spuken in den Hirnen unserer Mitmenschen herum — mit solchen Mätzchen begegnet man der Atomgefahr nicht. Alle Personen der Handlung haben „das“ nicht gewollt, aber nun harren sie schicksalsergeben treu aus. „Ein Volk von Narkotikern“ — eine gemütvollere Variante über das Thema Vogel Strauß. Und ein Beweis für die Phantasielosigkeit der Menschen gegenüber der totalen Vernichtung. tū

Demonstrationsmarsch, hier in der Hitze sich niedergelassen haben, um ihnen und sich selbst Mut und Kraft für den harten Kampf zu geben, der uns alle erwartet. Hiermit prägt Anders an sich selbst das neue Bild des Dichters: Ein endlos langer Demonstrationszug kriecht über die Erde, hier oder dort auf irgendeinem Marktplatz der Welt rastend; hier tritt der Philosoph und Dichter hervor, um mit seinen Worten den Menschen die Gegenwart und deren Aufgaben vor Augen zu führen.

Denn die neue Zeit, in der der Atomtod täglich uns alle vernichten kann, hat den früheren „Dichter“ zu einer „Dorffigur“ werden lassen. Es gilt, ein „neues Latein“ zu finden, mit dem sich alle verständigen können, um einer die Welt bedrohenden Gefahr zu begegnen. Das mag zunächst Verarmung bedeuten, „aber ein armes Wort, das in der Fremde ankommt, ist reicher als ein reiches, das zu Hause versickert und sein Ziel verfehlt“.

In dieser harten, schonungslosen Zwecksprache, die Anders selbst in seinen Tagebuchnotizen anwendet, macht er uns mit der völlig anderen und neuen Situation bekannt — dem neuen Zeitalter: „der 6. August 1945 war der Tag Null“. Mit der Erfindung eines Vernichtungsmittels, durch das die Welt und alles Leben ausgelöscht werden können, hat ein Kampf begonnen, der uns zum Schicksal geworden ist. Denn wenn wir uns, unsere Vergangenheit, unsere Zukunft erhalten wollen, müssen wir immer wieder uns klar vor Augen führen: „Was geschehen ist, das ist in unwiderruflicher Weise geschehen, und zwar deshalb, weil das gleiche Geschehen immer wieder herbeirufbar und immer wieder hervorrufbar ist“ — es ist „ein niemals mehr endender Kampf“.

Aber wenn wir diesen Kampf einmal verlieren, haben wir ihn für immer verloren! Wir dürfen also niemals aufgeben. Unser Mut und unsere Wachsamkeit dürfen nie erlahmen — wir müssen sie sogar noch stärken. Anders führt dafür Beispiele an. Wie oft verwenden wir in unserem Sprachgebrauch Worte, die durch das atomare Zeitalter entwertet worden sind, die aber gerade von der anderen Seite zur Verschleierung immer noch verwendet werden. Wir müssen dagegen auch in unseren Worten unsere Gedankengänge deutlich machen: Spricht man von „Krieg“, muß unsere Antwort sein „Untergang oder Friede“. Was ist ein Kriegsministerium? — ein „Untergangministerium“! Was sind heute „Kriegsdienstverweigerer“? — „Untergangsdienstverweigerer“! — Denn Hiroshima und Nagasaki haben gezeigt: „Blutbäder sind als Drohgasten“ und „Tote als Drohmateriale“ verwendet worden. — Jede Zeit hat ihre Worte geprägt, um sich selbst in ihnen zu verwirklichen. Auch unsere Vokabeln müssen die Wahrheit unseres Zeitalters und ihr Spiegel sein.

Wie notwendig das ist, können wir jeden Tag aus unseren Zeitungen entnehmen. Ja selbst die Menschen, die durch die Hölle von Hiroshima und Nagasaki gegangen sind, sprechen immer von „Es“. Auch ihnen ist dieses Impersonale ein „Fatum-Geschick“.

(Fortsetzung Seite 18)

Das aktuelle Buch!

„Der Mann auf der Brücke“

Günther Anders: Der Mann auf der Brücke. Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki. München: Beck'sche Verlagsbuchhandlung. DM 8,80

„Nicht vom sogenannten Fernen Osten handeln diese Japan-Blätter, sondern von einem sehr nahen — ausschließlich von demjenigen Land, das durch Hiroshima und Nagasaki bezeichnet wird, in dem also das atomare Zeitalter zur Erfahrung geworden ist“. Das sind einige Worte aus der Einleitung in dem Tagebuch von Anders. Unzweideutig wird hier ausgesprochen: „Ihr erhaltet nicht Gefühlsregüsse eines Empfindsamen, keine mystische Rührseligkeit über das ‚Geheimnis des Ostens‘“ — nein, dieses Buch greift mit jedem Satz in unser aller Leben hinein. Es zeigt auf, daß wir alle uns „in demselben Boot“ befinden, und dafür wurden Hiroshima und Nagasaki Mahnmal und Aufruf. Hiroshima und Nagasaki können wir

selbst sein — die Menschen dort sind unsere Nachbarn, „sterblich“ und „tötbar“ wie wir.

Dies hat ein Dichter und Philosoph erkannt. In der Begegnung mit dem fernem, dunkel-geheimnisvollen Osten sah er, daß in unserer unmittelbaren Nähe durch eine Flamme ein Geheimnis zerrissen wurde, daß die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki für uns alle eine neue Zeit gebracht haben. — Eine Zeit, die von allen Menschen Mut zur Wahrheit, äußerste Anstrengung und Verantwortung fordert.

Anders beweist in seinem Buch, daß er diesen Anforderungen gerecht werden will.

Ein Philosoph steht auf einem Marktplatz Ostasiens, redet zu den Menschen, die, ermüdet von einem langen

(Fortsetzung von Seite 17)

Nie hat jemand ihnen klargemacht: hier waren Menschen am Werk, hier sind Menschen schuldig geworden. Nein, man tat alles, ihr Leid als „Kriegsschäden“ zu bagatellisieren. Dann benutzte man sie als Versuchskaninchen, und heute sind sie eine hilflose Minderheit, seelisch und körperlich Zerstörte, in einer scheinbar so „heiligen Welt“. Denn die Welt bei Hiroshima und Nagasaki „sieht wieder wie komplett aus“. So ist also die sichtbare Wirklichkeit nur der Schein, der die blutige, menschenmörderische Realität verdeckt.

Aus dieser Erkenntnis resultiert Anders' Forderung: „Erziehung zur Phantasie“. Ist das nicht ein Widerspruch zu Anders' früheren Erkenntnissen und zu seinem harten, klaren Rationalismus? Aber so paradox es sein mag, diese beiden Dinge gehören zusammen. „Die moralische Bedingung der Wahrheit ist die Vorstellung“. Die

heutige Zeit hat Trümmer und Elend hinter glänzenden Fassaden versteckt. Eine Bombe, die eine Stadt vernichten kann, ist in einer Tasche transportierbar; Massenmord ist mit Glacéhandschuhen zu bewerkstelligen. Alles trägt den Schein des Harmlosen. Hier ist es unsere Aufgabe, die grausige Wahrheit aufzudecken.

Solange uns das nicht gelingt, wird mahnend ein Mann ohne Gesicht und Hände, wie ein Roboter mit Stahlfingern Gitarre spielend, überall auf den Brücken der Welt stehen, „die in unsere Zukunft führen sollen. Als Schandfleck, als Bote“ — wie auf jener Brücke über den Hon-kawa, in dem am 6. August 1945 die Menschen ertranken.

„Erlösen wir den Mann von seinem Amt. Tun wir das nötige, um ihm sagen zu können: Du bist überflüssig geworden, du darfst abtreten!“

da-

der sie einmal in der Tiefe ihres Herzens traf? Wie paßt das Evangelium vom Gottessohn, wie paßt sein Wort von der Bruderliebe, vom Verzeihen und Erbarmen zusammen mit der Atombombe, mit der Strahlenverseuchung einer Welt, die einst aus Gottes Händen hervorging?

Seht euch dies Kinderbild an!

Und dann fragt euch: Das vertrete ich?

Und wenn nicht —, dann schreit es heraus auf alle Straßen und Gassen, in das Leben des Alltags und gebt nicht Ruhe! Sagt: Wir müssen die Menschenwürde retten! Den Geist des christlichen Abendlandes. Das Antlitz des Menschen.

Aber: wer retten und bewahren will — der darf nicht zerstören.

„Gott schuf den Menschen sich zum Bilde — zum Bilde Gottes schuf er ihn.“

Ist dies das Bild Gottes?

Gott schuf den Menschen sich zum Bilde...

von Werner May, Pfarrer emer.

Daß es die Menschenwürde zu retten gäbe — den Geist des Christlichen Abendlandes — das wird uns in der westlichen Welt gesagt — es wird uns beschwörend ans Herz gelegt. Und wir könnten zu dem Postulat: „Rettet die Menschenwürde — rettet den Geist der Bruderliebe, der Barmherzigkeit!“ nur ein volles, bedingungsloses, sehnsüchtiges Ja sagen — aber worin besteht die Rettung des Menschenbildes? Darin, daß man die Welt des Menschen unter immer größere Spannungen setzt, daß man geistige Keile schiebt zwischen Ost und West, daß man — statt dem Frieden mit beispielhaften Werken zu dienen — Waffen, Waffen, immer Waffen schafft — immer stärkere, immer bedrohlichere Waffen — Massenvernichtungsmittel, deren Anwendung einem schlicht gläubigen Christen eine Unmöglichkeit sein müßte?

Und wie sieht die religiöse Wirklichkeit aus? Auf ungezählten Altären und in ungezählten Händen von Priestern des christlichen Abendlandes liegt die Heilige Schrift; keinem, der um ihren Inhalt weiß, ist verborgen, welche Größe und Klarheit Gottes Willen dem Menschen gegeben hat. Wo aber, so fragt sich der Mensch unserer Zeit, ist der Wille derer, die um Gottes Wort wissen, die es predigen, die seine „Bekenner“ sein wollen — sich aufzulehnen gegen Mächte, die das Menschenantlitz so verstören und zerstören, daß es nicht mehr dem Bilde Gottes gleicht?

Da erreicht uns ein Bild. Es zeigt die Zerstörung des Menschen in einer so furchtbaren und entsetzlichen Weise, daß es jedes noch lebendige Herz rühren müßte. Atomare Strahlen haben dieses Menschenkind zerstört, ehe es geboren wurde —, und als es das „Licht der Welt“ erblickte, war es ein totes, aber schreckliches und entsetzliches Menetekel geworden.

Wo sind die Politiker, wo sind die Weisen unserer Zeit, die sich dieses Bild auf ihren Schreibtisch stellen oder in ihr Schlafzimmer hängen möchten? Wo sind die Bischöfe, die

Prälaten und Pfarrer, die es in ihren Kirchen den Gläubigen zeigen?

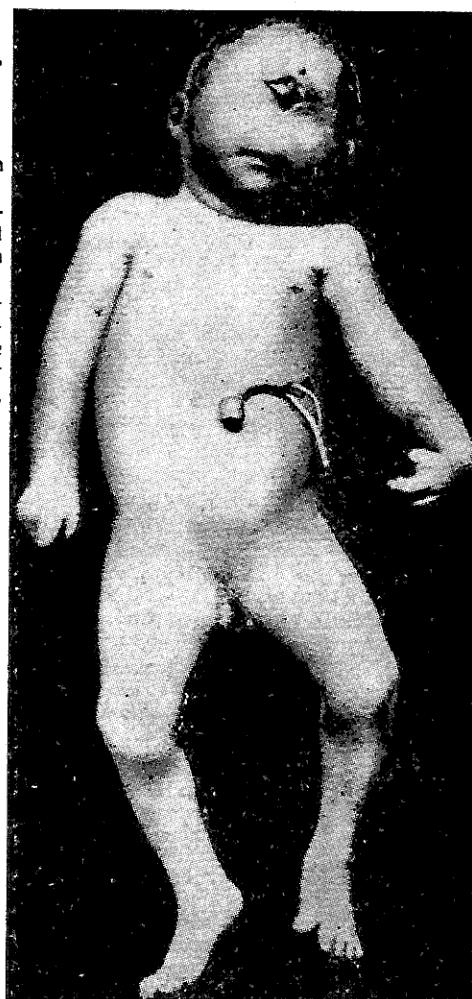
Seht es Euch an. Lange und nachdenklich. Und dann fragt euch: Wie wollt ihr das vor euch, vor euren Kindern verantworten?

Ihr sagt: die geschichtliche Vergangenheit unseres schuldbeladenen Volkes muß bewältigt werden. Gut. Wie aber — wie bewältigt ihr das? Wie wollt ihr vor eure Kinder, vor eure Schüler, vor eure Erstkommunikanten und Konfirmanden treten, vor eure Söhne in der Bundeswehr — wie wollt ihr Ruhe finden bei Tage und bei Nacht: dieses Bild vor Augen?

Wo bleibt Ihr Christen, Euer Nein? Wo bleibt euer Protest gegen die Zerstörung des göttlichen Schöpferwillens? Ihr alle, die ihr für die „Menschenwürde“ plädiert, für die Erhaltung des Geistes des christlichen Abendlandes: läßt euch dies Bild Ruhe? Brennt es nicht in eurem Gewissen entsetzlicher als die Frage nach Kollekten und Kirchensteuern?

Und wir fragen die Jugend: wollt ihr, daß die Zukunft eures Lebens, daß das Bild eures zukünftigen Antlitzes solche Züge trägt? Mit welchem Worte der Heiligen Schrift könntet ihr rechtfertigen, entschuldigen oder auch nur stumm hinnehmen, was als Anklage und Klage aus diesem Bilde zu euch spricht? Denn es geht um mehr, als um ein Erkennen, was mit Hiroshima verbunden ist. Es geht um ein Schicksal und um eine Entscheidung, die weit über die Erde hin jeden einzelnen fragt und von jedem einzelnen fordert: Sag: Ja — oder Nein!

Seit den Stunden, die wie apokalyptische Visionen über Hiroshima und Nagasaki niederbrachen, sind über 200 „Versuche“ gestartet worden. Über der Erde; unter der Erde. Und kein von apostolischem Geiste beherrschter Kirchenfürst gebot, zu trauern und zu büßen. Was bleibt also den Priestern und Pfarrern, die stumm das atomare Geschehen erleben, übrig, als ihre Bibeln zuzuschlagen und an dem Rufe zu verzweifeln,



Das Bild des mißgestalteten Kindes ist von dem Arzt aufgenommen, der bei der Geburt zugegen war. Das Kind ist im Frühjahr 1957 tot geboren worden. Seine Eltern haben zu einem Teil den Atombombenabwurf in Hiroshima, zum anderen Teil den in Nagasaki überlebt. Die Schwangerschaft war von normaler Dauer. Diese Tatsachen können von der in Japan tätigen „Atomic Bomb Casualty Commission of the United States of America“ bestätigt werden. Das von der Zeitschrift „Das Gewissen“ veröffentlichte Bild ist auch im japanischen Dokumentarfilm „The World ist Terrified“ enthalten.

LESERBRIEFE

Wir freuen uns, daß die Zahl der bei der Redaktion des KONGRESSDIENST eingehenden Leserbriefe ständig im Steigen begriffen ist. Wir sind gerne bereit, zustimmende und auch kritische Äußerungen zur Frage der atomaren Bewaffnung abzudrucken und zur Diskussion zu stellen. Da uns daran liegt, unsere Leser unverfälscht zu Worte kommen zu lassen, sehen wir uns darauf hinzuweisen genötigt, daß sich die hier geäußerten Meinungen nicht notwendig mit der Meinung der Redaktion zu decken brauchen.

Zum KONGRESSDIENST 1/2 — 1960
(Januar/Februar):

Sie schreiben: „Der Regierung (der USA) lag selbst nicht daran, daß das ... Volk sich der gegenwärtigen Lage bewußt wird.“ Ob die Regierung ganz unabhängig ist von den Geldmächten? Die verdienen ja doch 17 Prozent, ja 20 Prozent an den Atombomben... Und auch wer keine Aktien hat, verdient ganz nett als Direktor, Angestellter, ja auch als einfacher Arbeiter, selbst in der Zubringer-Industrie. Und ich fürchte, so steht es selbst bei unsern Gewerkschaften!

Sie schreiben: „Atomrüstung auch in der DDR?“ Hoffentlich sind sie da so vernünftig, nicht mitzumachen, wenn der „christliche Westen“ nach Gundlachs Theologie seine „heiligsten Güter“ mit Atombomben „verteidigt“. Vielleicht weiß der „materialistische, atheistische“ Osten besser, daß die angebliche Verteidigung in Wirklichkeit ein gegenseitiger Selbstmord wäre!

Ewald Große-Brauckmann
Dortmund

In Nr. 3 des KONGRESSDIENST habe ich den Abdruck des Briefes vom „Katholischen Werkvolk“ gelesen und auch die wohlthuende Antwort von Ihnen.

Abgesehen von der Niedertracht des Briefes des Jesuiten Wilhelm Wieler (seine Ordenszugehörigkeit ist uns nicht bekannt — d. Red.) darf ich Ihnen von mir persönlich mitteilen, daß auch ich schon einige Male das Opfer von Verdächtigungen und Anzeigen geworden bin, die mit der Lektüre des KONGRESSDIENST und der Verbreitung von Flugblättern zusammenhängen. Wenn dem Flugblatt, das ich in Höhe von 3000 Stück an unsere Belegschaft verteilt habe („Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder!“), wurde ich von der „Jungen Union“ Hanau bei dem Generalstaatsanwalt in Frankfurt wegen Verbreitung von kommunistischem Propagandamaterial angezeigt. Nach einigen Vorladungen bei der hiesigen Kripo, bei denen ich unsere Interessen natürlich vertreten und die Legalität unserer Organisation nachgewiesen habe, ist bestimmt in den nächsten Tagen die Einstellung des Verfahrens zu erwarten.

Bestehen bleibt aber die Gemeinheit der Anzeige, was ich Ihnen hiermit zur gefälligen Kenntnis bringen wollte.

Der Betriebsrat der
Deutschen Dunlop Gummi Comp. AG.
Hanau a. M.

Keim
Betriebsrats-Vorsitzender

In der Anlage gestatte ich mir, Ihnen die Abschrift meines Briefes an den Geschäftsführer des „Katholischen Werkvolkes“, Herrn Wieler in Aschaffenburg, zu überreichen, dessen im letzten KONGRESSDIENST abgedruckter Brief einfach eine ungeheuerliche hochmütige, unsachliche und unverschämte Zumutung ist.

Wenn man so etwas liest, dann kann man sich nur immer fester vornehmen, jetzt erst recht und noch viel intensiver und leidenschaftlicher, entschlossener und kompromißloser der von Ihnen vertretenen Sache zur Verfügung zu stehen.

— Abschrift —

An das
Katholische Werkvolk
Diözesansekretariat
Aschaffenburg
Karlstraße 3

Sehr geehrter Herr Wieler!

In Nr. 3/1960 des KONGRESSDIENST, den ich seit seinem Entstehen mit wachsendem Interesse und mit dankbarer Bewunderung für seine Initiatoren und Autoren lese, fand ich die abgedruckte Photokopie Ihres an die Redaktion gerichteten Briefes vom 21. 3. 1960.

Da es Ihnen bei auch nur einigermaßen sorgsamer Prüfung dieser Zeitschrift kaum entgangen sein kann, wer hier im Laufe der Zeit warnend und beschwörend seine Stimme erhebt, darf ich folgern, daß Sie auch Männer wie Albert Schweitzer oder den englischen Philosophen Russell zu den — wie Sie schreiben — „Totengräbern der Freiheit“ rechnen. Das ist bemerkenswert und verdient festgehalten zu werden.

Ich persönlich vermag die Bergpredigt ebensowenig wie die göttlichen Grundgesetze meines christlichen Glaubens mit dem Gedanken an irgendeine sanktionierte Massenverteilungsmittel in Einklang zu bringen und rate Ihnen, sich einmal die Lektüre des Buches von Fernand Gigon „Ich habe Hiroshima gesehen“ zu einer gesegneten Pflicht zu machen.

Werner May, Pfarrer emer.
Hamburg 43

Ich bin geboren am 10. Oktober 1877. Mein Alter ist daraus zu errechnen. Hieraus ist zu ersehen, daß ich verschiedenen Verhältnissen unterworfen war. Ich war deshalb nicht immer der Mann, der ich heute bin.

Besonders interessierte mich im KONGRESSDIENST Nr. 3 die Auseinandersetzung auf der letzten Seite zwischen Lord Russell und Professor Teller. Wenn ich mich als dritter nun zu dieser strittigen Frage einmische, so betone ich, daß ich an der Seite des ersteren stehe. Nun bin ich nur ein Arbeiter, aber immerhin ein denkender.

Ich habe gelernt: Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Da gibt es doch nur eine Wahl für mich, und das ist der Friede.

Die erste Hälfte vom 20. Jahrhundert war doch Unfriede. Wohin wir damit gekommen sind, beweist der jetzige Zustand unter der ganzen Erdbevölkerung. Wenn das so weitergeht, könnte man wohl unterstreichen: Verderblich ist's, den Leu zu wecken, und schrecklich ist des Tigers Zahn, jedoch der Schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn.

Und wenn dann die Mehrzahl der Menschen zum Kommunismus getrieben wird und nach Teller in wenigen Jahren es nur noch eine Großmacht gäbe, das wäre Rußland — so muß er etwas tiefer darüber nachdenken, warum das so ist!

Ich nehme an, er ist ein Christ — dann mag er seine Hand aufs Herz legen, und er wird finden, daß er im Unrecht ist.

Ich bin der Meinung, wenn alle Friedensfreunde in dieser Form Stellung nähmen, dann wirkte das besser, als alle Unterschriften.

Denn alle Menschen wollen Frieden, jedes Menschenherz — mit Ausnahme derer, die am Krieg verdienen.

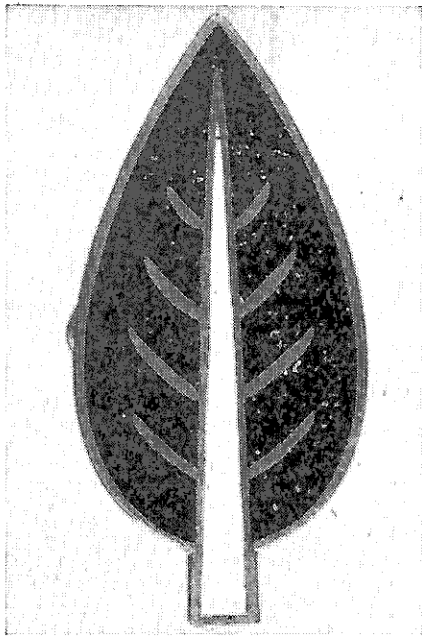
Georg Buchner, Bochum

Zum KONGRESSDIENST 3/1960,
Seite 23:

Der „New Statesman“ hat leider in allen Punkten recht, und es wäre zu wünschen, wenn diese Stimme von einem größeren Kreis gehört würde.

Es ist inzwischen durch die unglückselige Politik unserer Regierung sowie infolge der lendenlahmen Opposition, die diesen Titel in Wirklichkeit nicht mehr verdient, soweit in unserem Vaterland gekommen, daß wir Nicht-Bonn-Hörigen in einer ähnlichen Lage sind wie seinerzeit im 3. Reich. Ebenso wie dieses segeln auch wir, die 2. Republik, heute der Katastrophe entgegen. Sollte über kurz oder lang in den USA oder bei uns ein Kapitanwechsel eintreten, so ist es noch sehr fraglich, ob die neuen Besen wirklich besser kehren können (selbst wenn sie wollen), da ja die Direktoren — hüben wie drüben — alles daransetzen werden, um ihre Rüstungs-Werke in Gang zu halten. In der Pariser Gipfel-Affaire zeigt sich wieder einmal ihr langer Arm.

Karl Popp, Hamburg 20



Das Abzeichen des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben“, das auch von deutschen Atomrüstungsgegnern immer mehr getragen wird, ist bei uns in so großer Anzahl bestellt worden, daß unsere Vorräte an japanischen Abzeichen längst erschöpft sind. Wir wollen diese kleinen farbigen Blätter jetzt erstmalig in Deutschland herstellen lassen, um der wachsenden Nachfrage entsprechen zu können. Um abschätzen zu können, ob sich dieser Plan durchführen läßt, bitten wir schon jetzt um Ihre Bestellungen an die Geschäftsstelle des STÄNDIGEN KONGRESSES (Hamburg 19, Eichenstraße 46, ptr. 1., Tel. 49 22 26). Der Preis wird voraussichtlich DM —,50 pro Stück betragen, bei größeren Bestellungen gestaffelte Rabatte.

Bitte, helfen Sie mit, daß dieses Abzeichen wirklich von allen Gegnern der atomaren Aufrüstung als Symbol der gemeinsamen Gesinnung und des gemeinsamen Kampfes getragen wird!

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.“

Anschrift :
Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26
Postcheckkonto : Hamburg 25 66 70
(Karl Ludwig Opitz - Ständiger Kongreß -)

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Dr. Walter Domke, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann Lüneburg; Peter Meier, Münster; Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Karl Ludwig Opitz, Hamburg
Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg

Redaktion: Peter Meier

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Professoren in USA gegen Atomwaffen

Erklärung zum Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln in der Kriegsführung

Angesichts der Tatsache, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Massenausrottung als Methode der Kriegsführung noch nicht protestiert hat, bekennen die Unterzeichneten, Glieder der Fakultät des Theologischen Seminars der Universität Dubuque, sich zu folgenden Wahrheiten:

1. Gott hat sich in Jesus Christus offenbart als der liebende Schöpfer, Erhalter und Erlöser menschlichen Lebens.
2. Jesus Christus ist zugleich Gottes Wort, das uns des Lebens in ihm versichert, und das uns befiehlt, alles zu tun, um da Leben unserer Nächsten zu erhalten.
3. Zum Schutz des Lebens des Nächsten, für den Christus gestorben und auferstanden ist, hat Gott den Staat bestimmt, mit der Aufgabe, unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht, Freiheit und Frieden zu sorgen. In der Erfüllung dieser Aufgabe kann der Staat, als letzten Ausweg, einen Krieg oder Bürgerkrieg führen.
4. Aber die Drohung mit und die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln im Krieg ist Lästerung gegen Gott, den Schöpfer, Erhalter und Erlöser des menschlichen Lebens, und ist Sünde gegen das Geschöpf, für das Christus gestorben und auferstanden ist. Der eigentliche Zweck, für den ein Krieg rechtmäßig geführt werden könnte, wird dadurch zunichte gemacht. Und ein Staat, der solche Mittel anwendet, wird insofern ein nihilistischer Staat, und zwar durch die unterschiedslose Vernichtung von Bösem und Gutem, Rechtem und Unrechtem, von Wehrlosen und Bewaffneten, Lebenden und noch nicht Geborenen.
5. In der Neuzeit hat der Staat Adolf Hitlers den barbarischen Greuel der Völkerausrottung wiederbelebt und zur Vollendung gebracht. Denn dessen militärisches Gegenstück ist eine Kriegsführung durch Vernichtung wehrloser Zivilisten, wie z. B. das Bombardement auf Warschau, Rotterdam und Coventry oder die totale Zerstörung von Lidice.
6. Die anfänglich erschrockene Reaktion der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten auf diese Verbrechen wich im Verlauf der Kriegsjahre der Übernahme der Nazipolitik. Den exakten (gezielten) Bombenangriffen auf ausschließlich militärische Ziele folgten wahllose Zerbombungen ganzer Städte. Napalm setzte uns in stand, Angriffe vorzunehmen, bei denen Frauen und Kinder lebendig geröstet wurden.
7. Die Vervollkommnung der Atombombe lieferte uns ein teuflisch wirkungsvolles Instrument der Kriegsführung zur Auslöschung ganzer Zivilbevölkerungen.
8. Obgleich der Ausgang des Kriegs nicht mehr zweifelhaft war, warfen wir diese Bomben auf zwei japanische Städte, töteten dadurch sofort mehr als 100 000 Männer, Frauen und Kinder und verstümmelten weitere Tausende, nicht nur von denen, die damals lebten, sondern auch unter den noch ungeborenen Generationen.
9. Sogar bevor Sowjetrußland die Atombombe besaß, verließen wir uns hauptsächlich auf die Drohung massiver Vergeltung, d. h. nuklearer Massenvernichtung, anstatt auf die konventionellen Kriegswaffen im Verfolg einer Politik der Selbstbeschränkung.
10. Ferner: Seit Nagasaki führen wir fort, andere — Lebende und noch Ungeborene — zu verstümmeln durch zahlreiche Atomwaffenversuche, mit einer kaltblütigen Nichtachtung der Rechte neutraler Staaten.
11. Inzwischen haben Rußland und andere Staaten diese Waffen entwickelt oder werden sie entwickeln und verlassen sich nun ebenfalls auf unsre Politik der Massenvernichtung im Krieg.
12. Es gibt jedoch keinen denkbaren Zweck, der diese Mittel rechtfertigt — weder die Rettung des Westens mit dem, was hier christliche Zivilisation genannt wird, noch die Rettung des Ostens mit dem, was man dort die Errungenschaften der sozialistischen Revolution nennt.
13. „Irret euch nicht; Gott läßt seiner nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten.“ (Galat. 6,7.) Alle Menschen und Nationen, die eine Kriegspolitik durch Massenvernichtung verfolgen, fordern den Zorn Gottes und seine gerechte Vergeltung heraus, ganz gleich ob sie ihn leugnen oder ihre Verehrung für ihn bekennen.
14. Dennoch: „Wenn wir unsre Sünden bekennen, so ist er treu und gerecht und vergibt uns unsre Sünden und reinigt uns von aller Ungerechtigkeit.“ (1. Joh., 1, 9.) Darum bekennen wir unsre Sünde und die Sünde unsres Volkes dem allmächtigen Gott und den Überlebenden derer, die wir mutwillig vernichtet haben. Wir bekennen ferner, daß wir als Christen beschämend schwach und zögernd waren in diesem Bekenntnis unsrer Schuld.
15. Als „Furcht, die der Buße entspricht“ (Luk. 3, 8) erklären wir, daß wir die Politik unsrer Regierung nicht länger unterstützen können, eine Politik der Drohung mit und der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, nuklearer, chemischer oder biologischer Art. Wir können die Herstellung, Erprobung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln nicht billigen, noch können wir einem Militärdienst zustimmen, der den Gebrauch solcher Kriegsmittel einschließt.

Es folgen die Unterschriften der Professoren der Theologischen Fakultät der Universität Dubuque:

David I. Berger - Donald G. Bloesch - Arthur C. Cochrane - George B. Ehlhardt - Robert M. Healey - Joseph L. Mihelic - C. Howard Wallace.
(mit freundlicher Genehmigung der „Stimme der Gemeinde“)